



**ARBEITS-
PROGRAMM**

Wie kann die Regierung
der Wirtschaft wieder
Zuversicht geben?



JOURNALISMUS PREIS **DER INDUSTRIE**



Der zweite Durchgang findet im Frühjahr 2025 statt.
Alle Informationen finden Sie hier:



**PATRICIA NEUMANN**

CEO Siemens AG Österreich

F. PETER MITTERBAUER

CEO Miba AG

**FRANZ SCHELLHORN**

Direktor Agenda Austria

VALERIE HACKLGeschäftsführerin
Gas Connect Austria**CHRISTIAN WIGAND**Stv. Leiter EU-Kommissions-
vertretung in Österreich

EXPERTINNEN UND EXPERTEN IN DIESER AUSGABE

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Eigentlich hätte dieses Magazin schon viel früher erscheinen sollen – als wir begonnen haben, diese Ausgabe zu planen, wurde mit einer neuen Regierung zu Jahresbeginn gerechnet. Doch dann kam alles ganz anders. Immerhin war dadurch mehr Zeit, sich mit den Plänen und Ideen der Regierung für die unmittelbare und weitere Zukunft des Landes auseinanderzusetzen.

Diese neue Regierung hat bestimmt keinen einfachen Job: Der Chefökonom der Industriellenvereinigung, Christian Helmenstein, sieht in der aktuellen Krise eine „existenzielle Bedrohung“ für den Wohlstand in Österreich; gleichzeitig mahnt Agenda-Austria-Chef Franz Schellhorn, dass der Sparbedarf für ein ausgeglichenes Budget enorm ist und die bisher gesetzten Schritte nicht ausreichen werden.

In dieser Ausgabe widmen wir uns drei Bereichen, die für die Bewältigung der aktuellen Schwierigkeiten wichtig sind: Wie bringen wir die Energiepreise auf ein wettbewerbsfähiges Niveau? Was lässt sich gegen das teure Dickicht heimischer Vorschriften und Regulatorik machen? Wie können wir die Innovationskraft Österreichs weiter stärken?

„Gerade bei der Energiewende und beim Klimaschutz müssen wir in Österreich und in ganz Europa verstehen, dass Verbote und Vorschriften keine gute Basis für Innovation sind. Wir sollten vielmehr auf Anreize setzen, so wie es die USA machen. Wir sollten uns von dort auch die Mentalität anschauen, einfach anzupacken und zu machen“, sagt Miba-Chef F. Peter Mitterbauer – und bringt es damit gut auf den Punkt.

Wir wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre!

Impressum

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der „iv-position“ der 17. März war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at.

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, livr.-n.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Sara Grasel, Marlena Mayer, Dominik Futschik, Christoph Hofer, Gregor Plieschnig, Stephan Frank. Grafik: Nicola Skalé, Clara Berlinski. Lektorat: Bernhard Paratschek. Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: „iv-position“ erscheint 2x jährlich in einer Auflage von 29.500 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos: Cover bzw. Aufmacher Coverstory – Siemens | Expertinnen und Experten – Photo Simonis Wien; Witzany; Markus Rössle; Ludwig Schedl Gas Connect Austria; Wolfgang Wolak.

INHALT



8



38

Coverstory
8 Ein Arbeitsprogramm gegen die Rezession

Energiepreise
16 Ein langfristiger Plan für das Energiesystem

Sparprogramm + Interview
20 Die bittere Chronik einer Budgetkrise – und der Ausweg
 Franz Schellhorn

Interview
24 Christian Wigand

Interview
28 Sabine Herlitschka

Innovation
34 Die Produzenten der Energiewende

Regulierung
38 Bürokratiestandort Österreich verursacht hohe Kosten

Interview
40 Georg Knill

Grafik
44 Europa verliert an Wirtschaftsmacht

Events
47 Die Fixpunkte des Wirtschaftsjahres 2025

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE

Unternehmerinnen und Unternehmer über ihre Vision für Europa – auf den Seiten 5, 19, 29, 33 und 46



„In der geopolitisch sehr fordernden Situation sind verlässliche Rahmenbedingungen und politische Handlungsfähigkeit entscheidend. Im Fokus müssen die Reduktion von Energie- und Arbeitskosten, deutlicher Bürokratieabbau und eine starke europäische Positionierung stehen. Basis für eine gute Zukunft Österreichs sind zudem gezielte Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation. Gerade für das Exportland Österreich ist das die Grundlage für erfolgreiche Produkte und Technologien am Weltmarkt „made in Austria“. Was wir brauchen, ist eine entschlossene Politik. Es gibt ausreichend gute Konzepte, nun müssen die nötigen Reformen offensiv vorangetrieben werden, denn es geht um Österreichs Wettbewerbsfähigkeit – und damit um Österreichs Wohlstand.“

Sabine Herlitschka, CEO Infineon Technologies Austria AG und IV-Vizepräsidentin

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Die Digitalisierung Österreichs ist wesentlich für den Wohlstand der zukünftigen Generationen. Sie garantiert Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Das Rückgrat dafür bildet die digitale Infrastruktur mit hochleistungsfähigen und sicheren Netzen. Um unseren Wirtschaftsstandort zu sichern, brauchen wir entsprechende Rahmenbedingungen: ein attraktives Investitionsumfeld vor allem für private Investoren, eine Überarbeitung des marktverzerrenden und kostspieligen Förderregimes, Verwaltungsvereinfachungen durch einen digitalen Tiefbauatlas und eine digitale Regulierung, die Innovationen bei großen wie kleinen Unternehmen fördert, anstatt sie zu behindern.“

Thomas Arnoldner, Deputy CEO A1 Telekom Austria AG

„Österreich und Europa riskieren ihre Wettbewerbsfähigkeit – nicht nur in der Luftfahrt: Hohe Standortkosten und ungleiche Abgaben verschärfen Kostennachteile. Ohne faire Bedingungen drohen wirtschaftlich wichtige Direktverbindungen heimischer Airlines zu verschwinden, während der Verkehr über günstigere Drehkreuze im Nahen Osten abwandert. Die neue Bundesregierung muss die Weichen für einen global gedachten Clean Industrial Deal und eine mutige Innovationspolitik stellen. Nur ein fairer Wettbewerb und eine langfristig durchdachte Politik führen zu einem starken Österreich mit sicheren, attraktiven Arbeitsplätzen.“

Annette Mann, CEO Austrian Airlines



„Die neue Bundesregierung muss – pragmatisch im inhaltlichen Zugang und konsequent in der Umsetzung – für zweierlei sorgen: Zuallererst müssen wir die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes rasch substanziell stärken und zweitens (nicht minder dringend!) endlich unser staatliches Ausgabenproblem strukturell und nachhaltig in den Griff bekommen. Zudem gehen wir bei jeder österreichischen Bundesregierung von einem klaren und konstruktiven Bekenntnis zur EU aus, selbst wenn wir klarerweise für dringend notwendige Reformen mit massivem Bürokratieabbau in Europa eintreten. Gerade für uns als international verflochtenes Exportland ist das gemeinsame Europa ebenso unabdingbar wie mehr Freihandel.“

Christian Pochtler, Geschäftsführender Alleingesellschafter Pochtler Industrieholding GmbH / iSi Group und Präsident IV-Wien

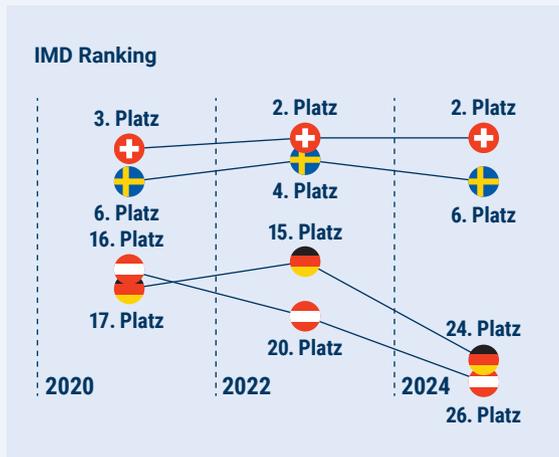
„Wenn der Prophet nicht zum Berg kommt, kommt der Berg ... oder so ähnlich. Die Unternehmen der Bauwirtschaft sind lokal und regional tätig; einige wenige international. In den lokalen und regionalen Märkten sind nach wie vor zu wenige Arbeitskräfte verfügbar. Die hohen KV-Abschlüsse tun ihr Übriges und die (Bau-) Genehmigungsverfahren dauern gefühlt ewig. Gehen wir ins Ausland, beschäftigen wir dort keine heimischen Arbeitskräfte und tragen wenig zu Wertschöpfung und Wohlstand in der Heimat bei. Wollen wir Arbeitskräfte ins Land holen, stehen wir vor bürokratischen Mammutaufgaben – Österreich, das Land der Berge. Von der neuen Bundesregierung erwarte ich, dass sie sich zusammenraufen und ihre Energie für den Standort Österreich einsetzen sowie international gute Beziehungen pflegen – damit wir den Anschluss nicht weiter verlieren.“

Anna Hilti, Geschäftsführerin Hilti & Jehle GmbH



ÖSTERREICH AM ABSTEIGENDEN AST

Österreich verliert an Wettbewerbsfähigkeit

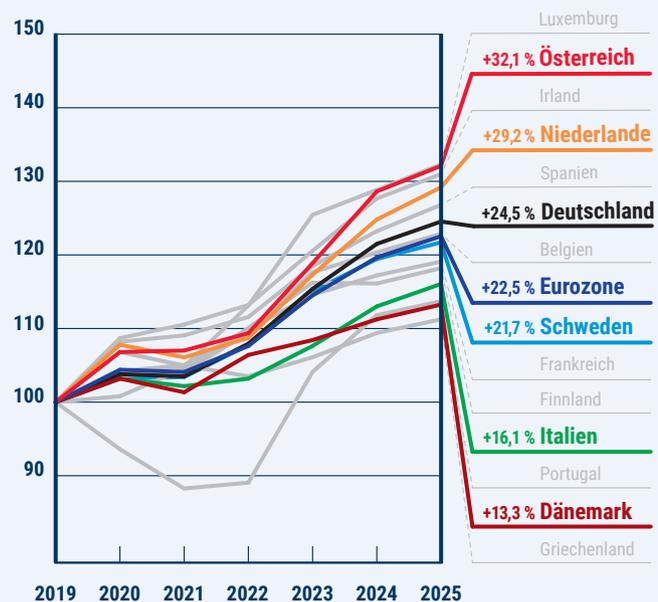


World Competitiveness Ranking IMD 2024, ausgewählte Länder.

Österreich rutscht bei der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich immer weiter ab. Die Lausanner Wirtschaftshochschule IMD hat sich im vergangenen Jahr 67 Länder angesehen und Österreich in puncto Wettbewerbsfähigkeit auf den 26. Platz gesetzt – ein Verlust von zwei Plätzen im Vergleich zum Jahr 2023. 2020 war Österreich noch auf Platz 16. Abgesackt ist der Standort bei der wirtschaftlichen Performance, eine Verbesserung gab es lediglich in der Kategorie Infrastruktur. Deutschland hat sich ebenfalls um zwei Plätze verschlechtert und liegt nun auf Platz 24.

Lohnstückkosten stiegen zuletzt massiv

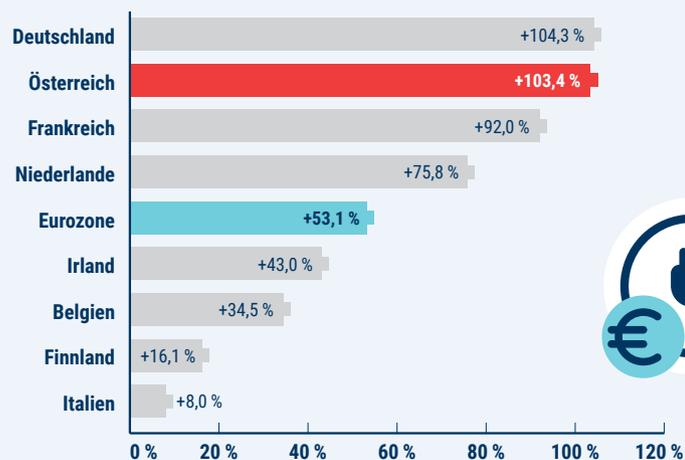
Die Lohnkosten je produzierter Einheit sind ein wichtiger Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit. Von 2019 bis 2025 stiegen die nominalen heimischen Lohnstückkosten je Erwerbstätigen um rund 32 Prozent. Das ist deutlich mehr als in vergleichbaren EU-Ländern (Deutschland: 24,5 Prozent; Dänemark: 13,3 Prozent). Grund hierfür sind vor allem die im Vergleich deutlich stärkere Inflationsentwicklung und hohe Lohnabschlüsse.



Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten je Erwerbstätigen, Index (2019) = 100.

Industriestrompreis verdoppelte sich in Österreich

Der Industriestrompreis in Österreich ist mittlerweile einer der höchsten Europas: 19,55 Cent pro Kilowattstunde mussten heimische Betriebe im 1. Halbjahr 2024 für Strom bezahlen. Drei Jahre zuvor, im 2. Halbjahr 2021, betrug der Preis noch 9,6 Cent/Kilowattstunde. Mit einer Preissteigerung von über 100 Prozent liegt Österreich nun deutlich über dem Eurozonenschnitt.



Anmerkung: Nationale Durchschnittspreise in Euro pro kWh ohne Steuern und Gebühren für Nicht-Haushaltskunden mittlerer Größe (Verbrauchsgruppe IC mit einem Jahresverbrauch zwischen 500 und 1.999 MWh); Länderauswahl.

Entwicklung der Strompreise für Nicht-Haushaltskunden (2. HJ 2021 bis 1. HJ 2024), in Prozent.

Der Wirtschaftsstandort braucht Aufbruchsstimmung

Das Regierungsprogramm bleibt in wesentlichen Bereichen noch vage. Gerade bei Energie, Arbeit und Investitionen bräuchte das Land aber wieder Zuversicht – jene Zuversicht, die das Programm in anderen Bereichen durchaus gibt.



Mehr als fünf Monate musste Österreich geduldig auf eine neue Regierung warten, so lange wie noch nie. Die neue Bundesregierung hat in ihrem Programm vieles sehr detailliert, manches allgemein, anderes wiederum unter Budgetvorbehalt angekündigt. Es ist also über weite Strecken ein Arbeitsprogramm. Bei allem Verständnis, dass zuerst das Budget saniert werden muss: Es muss mit gezielten Maßnahmen auch die sich mittlerweile im dritten Schrumpfsjahr befindliche Wirtschaft angekurbelt werden. Denn eine prosperierende Wirtschaft ist die Basis für die Finanzierung des Sozialstaats und der notwendigen Zukunftsausgaben.

So gibt es erste positive Signale, jedoch noch keinen konkreten Plan für eine Reduktion bei den überbordenden Bürokratie-Lasten. Eine Industriestrategie soll erst ausgearbeitet werden – die Industrie ist aber bereits im dritten Jahr einer Rezession und es gibt kaum Licht am Ende des Tunnels. Ein kurzfristiger Plan, wie die viel zu hohen Energiekosten gesenkt werden können, fehlt ebenso noch – die kommende deutsche Regierung ist da viel konkreter. Trotzdem wird die Verlängerung des

Strompreiskostenausgleichs nur vage erwähnt, eine Senkung der Lohnnebenkosten passiert „unter Budgetvorbehalt“ frühestens 2027 und Freihandelsabkommen werden bestenfalls gestreift.

Dem gegenüber stehen neue Belastungen – und die Regierung hat hier auch gleich in ihrer ersten Woche Nägel mit Köpfen gemacht: Die Bankenabgabe wird deutlich erhöht – Geld, das für Investitionen fehlen wird. Energieunternehmen müssen Gewinne abgeben, die sonst in die Energiewende geflossen wären. Der Spitzensteuersatz wird verlängert – in einem Land mit einer der höchsten Belastungen von Einkommen. Und nicht zuletzt wird ein Teil der Abschaffung der kalten Progression zurückgenommen – eine versteckte Einkommensteuererhöhung.

Gerade in den Bereichen Energie, Arbeit und Investitionen bräuchte das Land aber wieder Zuversicht – jene Zuversicht, die das Regierungsprogramm in anderen Bereichen durchaus zu geben schafft; etwa durch die geplante Steigerung der Forschungsquote auf über vier Prozent des BIP bis 2030 oder die Sicherung der Forschungsprämie. Sehr positiv ist auch die geplante Qualitäts- und Ausbauoffensive

in der Elementar- und Grundbildung, etwa durch ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr.

Solche Signale muss es möglichst schnell auch in anderen Bereichen geben, um die Stimmung zu drehen. Österreich war einst ein wirtschaftliches Vorbild in Europa: Unser Standort war attraktiv, die Wettbewerbsfähigkeit wurde gestärkt, die Investitionen sind Jahr für Jahr gestiegen. Heute sieht die Realität anders aus: Unsere Industrieproduktion ist um 9,5 Prozent gesunken, die Exportquote ist von 62 Prozent auf 57 Prozent gefallen und wir stehen vor einem weiteren Rezessionsjahr. Ohne entschlossene Reformen riskieren wir unseren Wohlstand und die Finanzierung unseres Sozialstaats. Wir müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen, um alle (!) Weichen für das Land richtig zu stellen – und zwar rasch.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



A photograph of a modern industrial factory interior. The scene is viewed through a series of large glass windows that reflect the bright, clean environment. Inside the factory, various pieces of machinery, including a yellow robotic arm, are visible. The ceiling is white with recessed circular lights. The overall atmosphere is one of a high-tech, organized industrial setting.

EIN ARBEITS- PROGRAMM GEGEN DIE REZESSION

Österreich steckt seit zwei Jahren in der Rezession, für die Industrie ist es bereits das dritte Rezessionsjahr. Gleichzeitig muss die neue Regierung ein Sparprogramm fahren. Ein schwieriger Spagat, der das Regierungsprogramm prägt.

Die neue Regierung aus ÖVP, SPÖ und Neos war gleich am Tag der Angelobung mit einer Hiobsbotschaft konfrontiert: 2024 ist die Wirtschaftsleistung in Österreich um 1,2 Prozent zurückgegangen – zwei Jahre Rezession und immer noch keine Besserung in Sicht. Ökonomen sprechen hinter vorgehaltener Hand bereits von einem drohenden dritten Jahr des Abschwungs. Die Koalition, die ohnehin schon schwer zueinandergefunden hat, steht nun also vor der Herausforderung, darauf rasch Antworten finden zu müssen; und das alles vor dem Hintergrund eines enormen Spardrucks. Vom Ziel, ein Defizitverfahren der EU abwenden zu wollen, ist man nicht abgerückt, und das bedeutet nach wie vor, dass heuer 6,4 Milliarden Euro eingespart werden müssen, und kommendes Jahr noch etwas mehr (siehe Artikel auf Seite 20).

Dementsprechend stehen viele Maßnahmen im Arbeitsprogramm der Regierung unter „Budgetvorbehalt“, sprich: Sie werden nur umgesetzt, wenn sie finanzierbar sind, und das sieht derzeit schlecht aus. Dass das Regierungsprogramm tatsächlich als Arbeitsprogramm zu verstehen ist, wird schnell klar, wenn man die 211 Seiten durchblättert: Die meisten Punkte sind vage formuliert, oft gerade mal als vorsichtige Absichtserklärung. Viele wichtige Punkte, die durchaus die Herausforderungen der Wirtschaft adressieren, müssen noch am Weg erarbeitet und konkretisiert werden. Während zusätzliche Belastungen bereits ausformuliert sind (siehe Artikel Seite 20), bleibt es bei Entlastungen bei Ankündigungen.

Die Industrie befindet sich in einer trostlosen Situation und ist noch weit entfernt von einem Aufschwung – zu diesem Ergebnis kommt das jüngste Konjunkturbarometer der Industriellenvereinigung unter Federführung von IV-Chefökonom Christian Helmenstein. Seit dreieinhalb Jahren melden Industrieunternehmen im Rahmen des IV-Konjunkturbarometers bei der aktuellen Geschäftslage keinerlei Aufwärtsbewegung, nicht einmal eine kurze Episode des Atemholens – die bisher mit Abstand längste Rezessionsphase, seit der Indikator erhoben wird. Der Ausblick auf das erste Halbjahr 2025 wird zwar nicht mehr so negativ beurteilt wie noch ein Quartal davor, aber auch hier verharrt der Wert weiterhin unter null.

Es sei eine regelrechte Erosion der Wettbewerbsfähigkeit zu verzeichnen – im Ergebnis sind in nur zwei Jahren sieben Prozent an industrieller Wertschöpfung verloren gegangen. Bei gleicher Verteilung würde das rein rechnerisch bedeuten, dass jede 15. Betriebsstätte aufgrund von Unterauslastung, Marktaustritt durch Insolvenz oder Verlagerung ins Ausland leer steht. Im Dezember ist die Industrieproduktion sogar um 9,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat eingebrochen. Für den Wohlstand in Österreich sei das eine existenzielle Bedrohung, so Helmenstein.

Industrie-Krise mit Folgen

Die Auswirkungen der Deindustrialisierung beschränken sich keineswegs nur auf die Industrie an sich. „Eine Krise in der Industrie hat weitreichende Folgen“, sagt Helmenstein. „Von den kräftigen Produktivitätszuwächsen der Vergangenheit, dem überdurchschnittlichen Lohnniveau in der Industrie und den wieder preisstabilen Industrieprodukten profitierte Österreich in vielfältiger Weise. Aufseiten der privaten Haushalte ermöglicht industrieller Erfolg höhere Einkommen und eine gestärkte Kaufkraft, während der tertiäre Sektor Impulse aus der zusätzlichen Nachfrage nach Dienstleistungen erhält. Eine schrumpfende Industrie führt daher zu wirtschaftsweiten Einbußen erheblichen Ausmaßes.“ Dies ist durchaus auch der Regierung bewusst, denn zumindest findet sich bereits in der Präambel ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Österreich. Eine Industriestrategie soll noch bis zum Ende des Jahres auf dem Tisch liegen. Die Gefahr der Deindustrialisierung wird im Regierungsprogramm thematisiert und es ist vom dadurch drohenden Verlust von Wohlstand die Rede.



IV-Chefökonom Christian Helmenstein.



Seit 120 Jahren gibt es den Linzer Standort von Siemens – 2022 wurde der „Innovationhub“ auf 8000 Quadratmetern neu eröffnet.

Die hohen Energiepreise

Eine der zentralen Herausforderungen sind die hohen Energiepreise. Die Industrie zahlt in Europa derzeit für Strom etwa zwei- bis dreimal so viel wie Unternehmen in den USA und bei Gas sogar fünf- bis sechsmal so viel. Eine kurzfristige Entlastung ist gemäß Regierungsprogramm zunächst kaum absehbar. Eine Verlängerung der bereits 2022 ausgelaufenen Strompreiskompensation wird zwar erwähnt, aber ohne konkreten Umsetzungsplan. Die EU ermöglicht Mitgliedsstaaten seit 2010 die Kompensation indirekter CO₂-Kosten von Unternehmen zum Schutz vor „Carbon Leakage“. Dadurch soll die Verlagerung von Emissionen in Drittstaaten ohne CO₂-Preis verhindert werden; und damit auch die Abwanderung von Produktionen. In Österreich wurde die Strompreiskompensation in Form des

Strompreiskostenausgleichsgesetzes (SAG) umgesetzt und erst 2023 beschlossen – jedoch nur rückwirkend für das Jahr 2022. In 15 EU-Ländern wurde die Kompensation längst bis 2030 verlängert – in Österreich ist das weiterhin ausständig. Auf längere Perspektive gibt es für den Energiebereich einige bessere Nachrichten im Regierungsprogramm: Geplant sind etwa eine Verfahrensbeschleunigung bei Genehmigungen und der Ausbau von Wasserstoff- und Stromnetzen. Es gibt eine Wasserstoffstrategie und auch Vorgaben zur Speicherung von Wasserstoff, um den Anschluss an die europäische Energiewende nicht zu verlieren. Die Belastung von Energieunternehmen durch eine Abgabe darf hingegen kaum als Beschleuniger der Energiewende verstanden werden – das Geld könnte für den Ausbau erneuerbarer Energie besser verwendet werden.



Bei Siemens in Oberösterreich liegt der Schwerpunkt auf Digitalisierung und Dekarbonisierung.

Lohnnebenkosten-Senkung? Bitte warten!

Ein weiterer Hemmschuh für Unternehmen sind die hohen Arbeitskosten. Seit Langem gibt es daher die Forderung nach niedrigeren Lohnnebenkosten – diese machen in Österreich laut Eurostat 2023 rund 27 Prozent der Arbeitskosten aus. Damit landet Österreich im EU-Vergleich auf Platz fünf. Zum Vergleich: In Deutschland liegt der Anteil bei 23 Prozent, während er in Dänemark lediglich 13 Prozent beträgt. Gleichzeitig waren Unternehmen in Österreich im vergangenen Jahr mit einem der stärksten Lohnanstiege innerhalb der Eurozone konfrontiert: Während die Löhne pro Kopf laut Europäischer Kommission in Österreich um 7,3 Prozent zunahm, waren es in Deutschland 4,8 Prozent und im Durchschnitt der Eurozone 4,3 Prozent. Laut Regierungsprogramm ist eine Senkung der Lohnnebenkosten zwar vorgesehen, aber unter Vorbehalten einer entsprechenden wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und budgetärer Möglichkeiten frühestens ab 2027.

Hoffnung auf Entbürokratisierung

Grundsätzlich sind in dem Programm kaum kurzfristige Konjunkturimpulse zu finden. Eine Möglichkeit, Investitionsanreize zu setzen, wären beschleunigte Abschreibungen gewesen, die nun nur teilweise für die Baubranche kommen. Nicht budgetwirksam wäre eine Entlastung im Bereich der hohen Bürokratiekosten (siehe Artikel Seite 38) – die Hoffnung ruht nun auf der Arbeit der eigenen Deregulierungsstelle, die in Form eines Staatssekretariats im Außenministerium eingerichtet wurde.

Siemens-Austria-Chefin Patricia Neumann sieht darin sogar ihr Hauptanliegen: „Was ursprünglich zu mehr Transparenz beitragen sollte, hat inzwischen Ausmaße angenommen, die in keinem Verhältnis mehr zum Gewinn an Information oder Klarheit stehen. Vor allem kleinere Unternehmen tun sich immer schwerer mit der Flut an Berichtspflichten und Regelungen. Allein im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich wurden in den letzten Jahren unglaubliche 850 neue Regelungen erlassen – das sind mehr als 5.000 Seiten an Rechtsvorschriften, die unsere Unternehmen umsetzen müssen.“

Gleichzeitig berge die digitale und grüne Doppeltransformation aber auch Chancen. Siemens hat dafür mit dem „Xcelerator“-Programm eine eigene Plattform entwickelt, über die mit Unternehmen von Startups bis zur etablierten Industrie gemeinsam an Transformationsprojekten gearbeitet wird. „Wir haben in Österreich eine starke Industrie, teilweise in sehr spezialisierten Nischen, eine sehr gute Forschungslandschaft, ein gut ausgebautes Netzwerk von Universitäten und Fachhochschulen und vieles mehr. Was wir allerdings wieder mehr brauchen, ist der Blick nach vorne und der Wille zur Veränderung. Veränderung heißt aber auch Loslassen – wir können uns nicht mehr auf den Leistungen der Vergangenheit ausruhen, sondern müssen vieles wieder neu denken und uns auf unsere Stärken konzentrieren“, sagt Neumann. Österreich als Forschungsland zu stärken ist im



Patricia Neumann ist CEO der Siemens AG Österreich.

Regierungsprogramm durchaus geplant: Bis 2030 soll die Forschungsquote auf vier Prozent der Wirtschaftsleistung steigen. Die für den Standort wichtige Forschungsprämie bleibt erhalten. Und schließlich wird auch in die Elementarbildung investiert, die nachweislich ein starker Hebel für Bildung und Qualifizierung ist. „Letztendlich müssen die Rahmenbedingungen stimmen, auch im Bereich Forschung und Entwicklung, wo sich Siemens Österreich mit 580 Stellen auch innerhalb des Siemens-Konzerns stark positioniert hat. Unter diese Rahmenbedingungen fällt natürlich: Habe ich die Möglichkeit, die richtigen Leute zu bekommen? Habe ich vielleicht auch ein entsprechendes Ecosystem aus Industriepartnern bzw. Startups für Co-Innovation? Und natürlich auch immer die Frage nach der finanziellen Attraktivität, also einem ausbalancierten F&E-Fördersystem“, so Neumann.



Das „Manufacturing Solutions Lab“ wird zu Test- und Ausbildungszwecken genutzt.

Teilnehmen am weltweiten Wachstum

Österreichs wirtschaftlicher Erfolg fußt in weiten Teilen auf den Erfolgen im Export. Österreichs Unternehmen sind derzeit allerdings kaum in der Lage, am weltweiten Wachstum teilzuhaben: Die globale Wirtschaft wächst laut Internationalem Währungsfonds heuer um voraussichtlich über drei Prozent – die österreichische Wirtschaft befindet sich hingegen in der längsten Rezession der Zweiten Republik. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist 2024 um 1,2 Prozent geschrumpft; das ist ein stärkerer Rückgang als lange gedacht. Bereits im Jahr davor war die Wirtschaftsleistung um 1,0 Prozent zurückgegangen. Die Exportquote ist in den letzten zwei Jahren um fünf Prozentpunkte – und zwar von 62 Prozent auf 57 Prozent – gefallen. Die Ankündigungen von US-Präsident Donald Trump, Importzölle zu erhöhen, sorgen für weitere Unsicherheit. Dass es nicht nur beim



In Linz wurde 2023 auch das modernste Siemens-Trainingszentrum eröffnet.

Säbelrasseln bleibt, haben die USA mit der teilweisen Inkraftsetzung von Zöllen in der Höhe von 25 Prozent gegenüber ihren wichtigsten Handelspartnern, Kanada und Mexiko, bereits bewiesen. Die USA sind derzeit eine der wenigen Destinationen, bei denen Österreichs Exporteure den Wert der abgesetzten Güter vergangenes Jahr noch nennenswert steigern konnten.

Ein großes Problem ist auch, dass die Wertschöpfungstiefe in Österreich in einigen Leitbranchen seit Jahren abnimmt. Das bedeutet, dass in Österreich immer weniger vor Ort produzierte Komponenten verbaut werden; eine Entwicklung, die auch gesamteuropäisch zu beobachten ist. „Wir dürfen nicht zu Assemblern werden, die Vorprodukte zusammenbauen und mit einem Markenlogo versehen“, mahnt Helmenstein. „Europa und Österreich benötigen einen disruptiven wirtschaftspolitischen Kurswechsel.“ ■

EINSCHÄTZUNG DES „ARBEITSPROGRAMMS“ DER REGIERUNG AUS SICHT DES WIRTSCHAFTSSTANDORTS ÖSTERREICH



POSITIVE MASSNAHMEN – AUSWAHL

- Reg. Überprüfung von Berichtspflichten, Entbürokratisierungsbericht
- „Arbeiten im Alter“-Modell
- Sozialhilfe neu
- Reform der Bildungskarenz
- Umsetzung Carbon-Management-Strategie
- Bekenntnis zur Verfahrensbeschleunigung
- Forschungsquote über 4 % bis 2030
- Sicherung der Forschungsprämie
- Qualitätsoffensive in der Grundbildung
- Österreichische Fachkräftestrategie
- Erschließung neuer Wachstumsmärkte durch Handelsabkommen
- Bekenntnis zur EU-Erweiterung
- Vollendung des Binnenmarkts
- Exportfinanzierung: Haftungen, Kredite und Exportgarantien forcieren

ALLERDINGS: In vielen Bereichen vage und „mit Budgetvorbehalt“ formuliert.



NEGATIVE MASSNAHMEN – AUSWAHL

- Bankenabgabe i. H. v. ca. 500 Mio. Euro für 2025/26
- Zusätzlicher Energiekrisenbeitrag Strom und fossile Energie
- Keine Befristung von Rechtsvorschriften (Sunset-Klauseln)
- Keine kurzfristig investitionsfördernden Maßnahmen
- Keine konkrete und zeitnahe Lohnnebenkostenabsenkung
- Kapitalmarkt kaum adressiert (u. a. keine Behaltefrist)
- Kein klares Bekenntnis zur Strompreiskompensation für „doppelt“ zahlende Unternehmen (SAG)
- Keine Thematisierung der Gasversorgung über Ukraine
- EU-Forschungsrahmenprogramm ohne konkrete budgetäre Forderung
- Kaum Thematisierung von KI- und Dateninitiativen
- Kein Anreiz für arbeitsmarktnahe Studienabschlüsse
- Fehlender struktureller Reformwille (Föderalismus, Pensionen etc.)



STRATEGIEN FÜR LEISTBARE ENERGIE

Hohe Energiepreise werden zu einem immer größeren Problem für heimische Unternehmen. An Ideen für kurzfristige Entlastungen und strukturelle Weichenstellungen mangelt es nicht – doch die Zeit drängt.

Die anhaltend hohen Energiepreise bringen die exportorientierte Industrie in Österreich und Europa auf dem Weltmarkt immer stärker unter Druck. Trotz einer Stabilisierung der Preise im Vergleich zu den extremen Ausschlägen des Jahres 2022 liegen diese immer noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. Besonders im internationalen Vergleich ergibt sich ein massives Problem: „So liegen etwa die aktuellen Gaspreise in Österreich circa vier- bis fünfmal höher als in den USA“, gibt Martin Hagleitner, CEO der Austria Email AG, zu bedenken. Das hat gravierende Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Betriebe, die am internationalen Markt bestehen müssen.

Kurzfristige Entlastungen sind dringend notwendig. Eine rasche Maßnahme wäre die Aussetzung der Ökostromförderpauschale und des Ökostromförderbeitrags, um die finanzielle Belastung für Unternehmen zu senken. „Zudem sollte die neue Bundesregierung umgehend die Strompreiskompensation für die energieintensive Industrie bis 2030 implementieren. Österreich ist eines der wenigen EU-Länder ohne langfristigen Schutz vor indirektem Carbon Leakage für die stromintensive Industrie“, fordert Hagleitner.

Langfristiger Plan für das Energiesystem

Neben kurzfristigen Entlastungen braucht es strukturelle Weichenstellungen, um die Energiepreise langfristig auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu bringen. Eine der größten Herausforderungen ist die Balance zwischen Klimazielen und Wettbewerbsfähigkeit: „Wir benötigen dringend einen Kassasturz sämtlicher klimapolitischer und ökologischer Vorgaben: Was ist realistisch und wie können wir gleichzeitig international konkurrenzfähig bleiben?“, so Martin Hagleitner. Nationale Alleingänge und überzogene Standards belasten die heimische Industrie und führen zu Wettbewerbsnachteilen. Besonders problematisch ist laut Hagleitner das sogenannte Gold Plating – also die nationale Übererfüllung von EU-Vorgaben –, das zusätzliche Kosten verursacht und die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen im Binnenmarkt schwächt.

Stattdessen braucht es einen funktionierenden Energie-Binnenmarkt mit einer entsprechenden Infrastruktur, von Stromleitungen bis hin zur Wasserstoffwirtschaft. Der Hochlauf erneuerbarer Energien ist notwendig, doch es fehlt eine stabile Netzstruktur, um die stark schwankende Einspeisung von Windkraft und Photovoltaik effizient zu bewältigen. „Der immer stärkere Anteil der Stromerzeugung aus volatilen erneuerbaren Energiequellen bringt unser Stromsystem zunehmend ans Limit“, erklärt Hagleitner. Steigende Netzentgelte sind eine direkte Folge, die wiederum die Industrie belasten. Um langfristig Planungssicherheit zu schaffen, braucht es effizientere Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte sowie einen modernen Rechtsrahmen für die Elektrizitätswirtschaft.



Martin Hagleitner, CEO Austria Email AG.

”

Wir benötigen dringend einen Kassasturz sämtlicher klimapolitischer und ökologischer Vorgaben.

Ein kritischer Blick auf den Gasmarkt

Ein weiteres Schlüsselthema ist die Wiederaufnahme des Gastransits durch die Ukraine, denn die Entwicklung der Gaspreise bleibt ein Unsicherheitsfaktor. Zwischenzeitlich notierten sie wieder über 50 Euro pro Megawattstunde, ein Wert, der sich seit dem Transitstopp russischen Gases durch die Ukraine verdoppelt hat. Hinzu kommt, dass sich die österreichischen Gasspeicher derzeit deutlich schneller als im vergangenen Winter leeren; das Wiederauffüllen im Sommer könnte empfindlich teurer werden.

Ein liquider Gasmarkt ist die Voraussetzung für stabile und wettbewerbsfähige Preise. Österreich sollte sich laut Martin Hagleitner daher rasch mit anderen betroffenen europäischen Ländern für die Wiederaufnahme des Gastransits durch die Ukraine einsetzen.

Die steigende Abhängigkeit von LNG-Importen wird zum nächsten Problem: „Am Flüssiggasmarkt sind wir ein kleiner Player. Die große Nachfragesteuerung kommt aus Asien, und das macht den Markt extrem volatil“, erläutert



Valerie Hackl, Geschäftsführerin Gas Connect Austria.

Energieexperte Johannes Benigni, Gründer von JBC Vienna. Europäische Industriebetriebe werden aufgrund hoher Transportkosten für LNG auf absehbare Zeit mit höheren Energiekosten konfrontiert sein. Die Notwendigkeit, alternative Strategien zu entwickeln, ist daher umso dringender.

Wasserstoff als Zukunftsperspektive – aber mit Hürden

Langfristig wird Wasserstoff als Energieträger eine wichtigere Rolle spielen, insbesondere in der Industrie; doch noch fehlen klare Rahmenbedingungen. „Wasserstoff wird ein Luxusgut sein und kein Massenprodukt. Ein Industriebetrieb kann seinen Fertigungsprozess erst auf Wasserstoff umstellen, wenn er sich auf eine gesicherte kostengünstige Versorgung verlassen kann“, gibt Benigni zu bedenken. Die bestehenden Gasnetze könnten zwar technisch für den Transport von Wasserstoff genutzt werden, doch es fehlt an einer gesetzlichen und regulatorischen Grundlage. „Entscheidend ist, dass rasch die rechtlichen und regulatorischen Grundlagen geschaffen werden – allem voran die Umsetzung der europäischen Gas- und Wasserstoffrichtlinie in nationales Recht“, fordert daher Valerie Hackl, Geschäftsführerin von Gas Connect Austria.

Ein vielversprechendes Projekt ist laut Valerie Hackl der „SoutH2 Corridor“, der Wasserstoff aus Nordafrika nach Österreich bringen soll. „Österreich ist ein wichtiger Teil dieses Netzwerks. Das ist eine große Chance für den Wirtschaftsstandort, die wir nutzen müssen“, hebt Valerie Hackl hervor. Österreich hätte aufgrund seiner zentralen Lage und der in das europäische Netzwerk eingebetteten Gasinfrastruktur ideale Voraussetzungen, um auch in der Wasserstoffwirtschaft künftig eine Schlüsselrolle zu spielen.

2022 darf sich nicht wiederholen

Die hohen Energiepreise setzen die österreichische Industrie massiv unter Druck. Kurzfristige Entlastungen wie die Aussetzung der Ökostromumlage oder die Strompreis-

”

Wasserstoff wird ein Luxusgut sein und kein Massenprodukt.

komensation sind dringend notwendig. Langfristig braucht es eine klare Strategie zur Stabilisierung des Gasmarkts, effizientere Genehmigungsprozesse und einen funktionierenden Energie-Binnenmarkt. Durch den weiteren Ausbau von Windkraft und Photovoltaik steht der Strommarkt vor einer tiefgreifenden Transformation, auch wenn Gaskraftwerke vor allem in Zeiten der Dunkelflaute auch weiterhin eine wichtige Rolle in der Stromerzeugung spielen werden. „Hätten wir am Höhepunkt der Krise im Jahr



Johannes Benigni,
Gründer von
JBC Vienna.

2022 den hohen Gaspreis in der Stromproduktion subventioniert, wie in Spanien und Portugal, hätten wir uns diese sehr hohe Inflation erspart“, gibt Johannes Benigni zu bedenken. Zu einer Situation wie im Jahr 2022 darf es keinesfalls wieder kommen, mahnt auch Martin Hagleitner ein.

Noch ist die österreichische Industrie in vielen Bereichen führend in umwelt- und klimafreundlicher Produktion und exportiert Greentech-Produkte in die ganze Welt. Die Industrie braucht jetzt klare politische Entscheidungen, um auch langfristig wettbewerbsfähig bleiben zu können. Ohne rechtzeitige Maßnahmen werden die Herausforderungen in Zukunft nur noch größer. ■

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Was wir uns als Siemens wünschen, ist ein Bewusstsein für die wichtigen industriellen Themen dieser Zeit – wie Nachhaltigkeit, Digitalisierung, KI, aber auch Standortsicherheit – und der gemeinsame Wille von Wirtschaft, Politik und Industrie, hier etwas zu bewegen. Der Standort Österreich ist in den vergangenen Jahren unter Druck geraten. Daher müssen wir gemeinsam, auch als geeintes Europa, daran arbeiten, unsere Wettbewerbsfähigkeit insgesamt zu stärken. Dazu gehören Innovationen und eine wachsende Wirtschaft. Der wechselseitige Austausch mit anderen Ländern war dabei schon immer eine große Stärke Österreichs.“

Patricia Neumann, CEO Siemens AG Österreich und IV-Vizepräsidentin

„Wir verfügen in Österreich über viele Voraussetzungen, um auch in Zukunft ein attraktiver Wirtschaftsstandort zu sein und den Wohlstand in unserem Land zu erhalten. Dazu bedarf es aber dringend einer Gegenbewegung zur Überregulierung der letzten Jahre, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. Die Gesetzgebung muss den heutigen Lebensrealitäten der Menschen Rechnung tragen – für den Postmarkt zum Beispiel brauchen wir eine moderne Regulierung, die die fortschrittliche Digitalisierung unserer Gesellschaft anerkennt. Auch die Faktoren Wirtschaftsfreundlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit müssen stärker beachtet werden und Arbeit und Leistung müssen sich wieder deutlich lohnen. Andernfalls laufen wir Gefahr, im internationalen Wettbewerb noch weiter zurückzufallen.“

Walter Oblin, Generaldirektor Österreichische Post AG



„Österreich ist eines von nur zehn Ländern weltweit, deren BIP im Jahr 2024 nicht gewachsen ist. Wir fallen seit Jahren in allen Wettbewerbsrankings zurück. Die Deindustrialisierung hat eine Dimension erreicht, die alle Alarmglocken schrillen lassen sollte. Die Bundesregierung steht in der Pflicht, wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Grundlage für Wachstum, Innovation und Beschäftigung und damit für den Wohlstand unserer Gesellschaft bilden. Es braucht entschlossene Maßnahmen, um bürokratische Hürden abzubauen, Steuersysteme zu vereinfachen und Investitionshemmnisse zu beseitigen. Die Themen sind klar, es wurde viel diskutiert – jetzt ist die Zeit für zukunftsweisende Entscheidungen.“

Elmar Hartmann, CEO der Gantner Electronic GmbH und Präsident IV-Vorarlberg

„Das Erfolgsmodell Österreich mit einer Exportquote von rund 60 % ist nachhaltig gefährdet. Die neue Regierung ist dringend gefordert, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts mit gezielten und nachhaltigen Reformen zu stärken – von der Senkung von Steuer- und Abgabenquote und Energiekosten über Leistungsanreize am Arbeitsmarkt und Bürokratieabbau sowie schnellere Genehmigungsverfahren bis hin zu Investitionen in die Forschung und Entwicklung, Digitalisierung und das Bildungssystem. Gleichzeitig braucht es ein klares Bekenntnis zur EU sowie eine gut koordinierte, aktive und offene Außen- und Handelspolitik, um der heimischen Exportwirtschaft den Zugang zu globalen Wachstumsmärkten zu erleichtern.“

Helmut Bernkopf, Vorstand der OeKB AG



DIE BITTERE CHRONIK EINER BUDGETKRISE – UND DER AUSWEG

Das massive Loch im Budget Österreichs hat verschiedene Gründe. Der bisher vorgelegte Konsolidierungsplan ist lediglich ein Beginn und umfasst die notwendigsten Maßnahmen, um heuer einem Defizitverfahren der EU zu entgehen. Wie viele Milliarden müssen wirklich gespart werden – und wie kann das gelingen, ohne den hauchdünnen Aufschwung zu gefährden?

In den vergangenen Jahren hat Österreich weit über seine Verhältnisse gelebt. Zum Teil musste zur Bewältigung zahlreicher Krisen tiefer in die Tasche gegriffen werden, aber nicht das gesamte Budgetloch lässt sich damit erklären. Die Förderquote ist enorm gestiegen und Gehälter im öffentlichen Dienst sowie Pensionen sind großzügiger erhöht worden, als es die Inflation erfordert hätte. Das Problem hat sich langsam aufgebaut und kam nicht unbedingt überraschend. Dass Österreich 2024 die Fiskalregeln der Europäischen Union nicht mehr einhalten konnte, hat aber vor allem zwei Gründe: Einerseits wurden die Regeln wieder verschärft, nachdem sie für die Coronazeit gelockert wurden; andererseits wird die Neuverschuldung im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung gemessen, und die hat sich im vergangenen Jahr wesentlich schlechter entwickelt als zunächst gedacht. Eine Rolle spielte auch die hohe Inflation, die dem Fiskus zunächst mehr Geld in die Kassen spülte – 2024 drehte sich dieser Effekt ins Gegenteil: Die Ausgaben stiegen vor allem für Pensionen und Gehälter der öffentlich Bediensteten inflationsbedingt stark an. Die Maßnahmen zur Abmilderung der „kalten Progression“ bei der Einkommensteuer und die Koppelung bestimmter Sozial- und Familienleistungen an den Verbraucherpreisindex trugen ebenfalls dazu bei. Zusätzlich belasten wirtschaftspolitische Maßnahmen der Vergangenheit und die schlechte wirtschaftliche Lage die öffentlichen Finanzen.

Österreich im Ausgabenrausch

Die Maastricht-Grenze für das Budgetdefizit liegt bei drei Prozent, in Österreich liegen die Schätzungen für vergangenes Jahr bei 3,9 Prozent laut der letzten Fiskalrats-Prognose;

die EU-Kommission ging zuletzt von 3,7 Prozent aus. Tatsächlich könnte der Wert sogar noch etwas höher liegen, da die Wirtschaftsleistung 2024 sogar um 1,2 Prozent zurückgegangen ist – wesentlich stärker als erwartet; im Dezember 2023 war man noch von einem BIP-Wachstum für 2024 von 0,9 Prozent ausgegangen. Es folgte ein Jahr der konjunkturellen Schwäche und vergangenen Dezember lag die WIFO-Prognose bereits bei minus 0,9 Prozent. Gegen Mitte des vergangenen Jahres wurden erste Stimmen laut, die von einer zu hohen Neuverschuldungsquote ausgingen. Die Warnungen trafen mitten in den Wahlkampf und gingen unter – stattdessen wurden etwa der Klimabonus erhöht und die Beamtengehälter über der Inflation angepasst. Der Thinktank Agenda Austria attestierte Österreich gar einen „Ausgabenrausch“.

”

Die Warnungen trafen mitten in den Wahlkampf und gingen unter.

Eine „lächerliche“ Herkulesaufgabe

Die EU-Kommission schlägt dem Rat ein Defizitverfahren vor, wenn die Schuldenquote über 60 Prozent (Österreich 2023: 78,6 Prozent) liegt, das Defizit gemessen am BIP über drei Prozent steigt und kein überzeugender Plan vorgelegt wurde, wie diese Werte wieder unter die zulässigen

Grenzen gebracht werden sollen. Mitte Dezember trudelte die Zahlenbasis aus Brüssel ein, auf die die Regierung warten wollte, um den Konsolidierungsbedarf für die nächsten Jahre zu berechnen – die Grundlage für einen Sparplan. Knapp ein Monat war zu diesem Zeitpunkt noch Zeit, um einen realistischen Plan zurückzumelden.

Wie viel gespart werden muss, um die Maastricht-Grenzen wieder einhalten zu können, hängt von der Länge des Konsolidierungspfads ab und davon, ob ein EU-Defizitverfahren eingeleitet wird oder nicht. Es gelang schließlich zu Jahresbeginn, dieses vorerst abzuwenden, und die damaligen Verhandler einer schwarz-blauen Regierung einigten sich auf

geplant wird nun auch mit neuen Einnahmen saniert: Im Pensionssystem wird es nur eine kleine Anpassung geben – die Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten werden von 5,1 Prozent auf sechs Prozent angehoben (+300 Mio. Euro). Erst langfristig, also bis 2031, soll ein Älterenbeschäftigungspaket einen Beitrag von 2,9 Mrd. Euro leisten. Geplant ist außerdem eine Erhöhung der Bankenabgabe (+350 Mio. Euro auf insgesamt 500 Mio. Euro in den Jahren 2025 und 2026), eine Verlängerung des eigentlich ausgelaufenen „Energiekrisen-Beitrags Strom“ (+200 Mio. Euro) sowie ein Lückenschluss bei der Grunderwerbssteuer, der vor allem auch Familienunternehmen bei der Übergabe ihrer Unternehmen an die nächste Generation treffen könnte

20-Milliarden-Loch klappt im Budget

Einnahmen und Ausgaben des Staates, in Prozent des BIP



Quelle: Wifo, Agenda Austria, eigene Berechnungen

Anmerkung: Prognosewerte ab 2024

— Ausgaben
— Einnahmen

Heimische Förderungen verschärfen Budgetloch

Staatsausgaben mit Förderungscharakter, in Prozent des BIP



Quelle: Eurostat, NEOS Lab

Anmerkung: Transaktionen mit Förderungscharakter umfassen Subventionen, Vermögenstransfers sowie sonstige laufende Transfers

— Österreich
— EU

einen Pfad über sieben Jahre, in denen insgesamt 18,1 Mrd. Euro zu sparen sind – 6,4 davon schon 2025. 6,4 Mrd. Euro muss die Regierung – nunmehr Schwarz-Rot-Pink – also für die erste, notwendige „Wundversorgung“ des Staatshaushalts „finden“. „Das sind gerade einmal 2,2 Prozent der Staatsausgaben. Jedes Unternehmen würde ob dieser Größenordnung nur müde lächeln, aber die Politik macht daraus eine Herkulesaufgabe“, sagt Agenda-Austria-Chef Franz Schellhorn im Interview mit „iv-position“ (siehe Folgeseiten).

Der Plan mit seinen Tücken und Lücken

Für einen ausgeglichenen Haushalt müsste Österreich eigentlich zwanzig Mrd. Euro pro Jahr einsparen. Dabei scheinen schon die 6,4 Mrd. eine große Herausforderung gewesen zu sein. Die Sanierung musste vor allem ausgabenseitig erfolgen, da diese Art der Konsolidierung laut Experten nachhaltiger wirkt – einnahmenseitige Maßnahmen bergen die Gefahr, dass sie auch Ausgaben verursachen, die den gewünschten Effekt wieder dämpfen. Wirklich gelungen ist das schon bei diesem ersten Brocken des Konsolidierungspfads aber nicht. Der größte Teil wird auch beim geänderten Plan von ÖVP, SPÖ und Neos durch eine Reduktion der Förderungen eingespart werden – darunter fallen die Abschaffung des Klimabonus (-2 Mrd. Euro) und die Abschaffung der Bildungskarenz (-350 Mio. Euro). Stärker als ursprünglich

(+200 Mio. Euro). Überrascht hat die neue Regierung auch mit dem Plan, die Abschaffung der kalten Progression teilweise zurückzunehmen – ein Prestigeprojekt des damaligen schwarzen Finanzministeriums und eine De-facto-Steuererhöhung. Zusätzlich sind weitere Maßnahmen im Steuersystem geplant – eine Abschaffung der Steuerbefreiung von PV-Anlagen bringt 170 Mio. Euro, Lückenschlüsse bei Tabak-, Digital- und Grundsteuer insgesamt 125 Mio. In den Ministerien sollen insgesamt 1,1 Mrd. Euro eingespart werden.



Kritisch wird nun auch das Timing der Umsetzung, die bis Mitte des Jahres erfolgen muss, damit die berechneten Volumina halten.

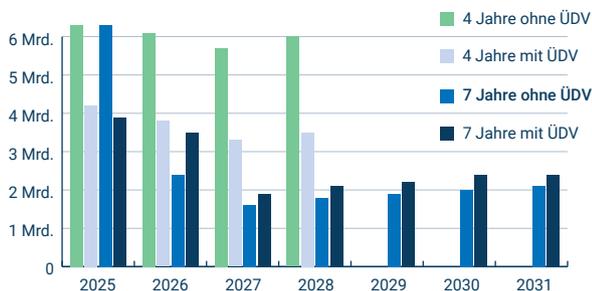


Kritisch wird nun auch das Timing der Umsetzung, die bis Mitte des Jahres erfolgen muss, damit die berechneten Volumina halten. Die neue Regierung musste ihren ersten Ministerrat in der Woche der Angelobung also dafür nutzen, ein Paket aus Mehrbelastungen zu schnüren. Eile ist auch geboten, weil die Prognosen für das Wirtschaftswachstum auch für 2025 regelmäßig nach unten korrigiert werden. Ein Prozentpunkt weniger Wirtschaftswachstum würde das Budgetdefizit um rund 0,5 Prozentpunkte erhöhen.

Ideen, wie man die nächsten Schritte einer Budgetkonsolidierung intelligent setzen könnte, liegen auf dem Tisch. Die Industriellenvereinigung schlägt zum Beispiel vor, bei

Vier Pfade zur Budgetsanierung

Konsolidierungsbedarf des österreichischen Staatshaushalts gemäß Vorgabe der EU-Kommission, in Euro



Quelle: BMF, Martin Thür

Anmerkung: ÜDV = Übermäßiges-Defizit-Verfahren. Ein ÜDV wird von der Europäischen Kommission eingeleitet, wenn ein Mitgliedstaat eine Staatsschuldenquote von über 60 Prozent oder ein Haushaltsdefizit von über drei Prozent des BIP erreicht. Daraufhin kann dem Mitgliedsstaat ein Referenzpfad vorgegeben werden, in dem die Schulden abzubauen sind. Dieser deckt einen Zeitraum von vier bzw. sieben Jahren ab.

den Förderungen noch weiter zu gehen – Österreich liegt mit einer Förderquote von 7,5 Prozent des BIP deutlich über dem EU-Durchschnitt von 5,7 Prozent. Eine Reduktion auf den EU-Schnitt würde bei einem BIP von 473 Mrd. Euro ein Konsolidierungspotenzial von 8,5 Mrd. Euro schaffen. Agenda Austria schlägt unter anderem vor, nicht nur bei der arbeitenden Bevölkerung einen Beitrag einzufordern, sondern auch bei Pensionisten. Der Thinktank würde abschlagsfreie Frühpensionierungen abschaffen und die Wartefrist wieder einführen. Bei künftigen Pensionsanpassungen sollen außertourliche Erhöhungen der vergangenen 15 Jahre im Ausmaß von über 700 Mio. Euro verrechnet werden. Das würde schon im Jahr 2025 1,1 Mrd. Euro bringen. Langfristig würde eine Koppelung des Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung hohe Summen bringen: von zwei Mrd. zu Beginn bis hin zu zehn Mrd. Euro pro Jahr auf längere Sicht.

Durch eine nachhaltige Sanierung und notwendige Strukturreformen können jene Spielräume geschaffen werden, um dringend benötigte Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur und zur Behebung von Schwächen in der Wettbewerbsfähigkeit umzusetzen. ■

Interview

„Die große Sause des Geldverteilens ist vorbei“

Agenda-Austria-Direktor Franz Schellhorn im Interview: Wurden beim ersten Sparpaket die richtigen Akzente gesetzt – und wie lassen sich die nächsten Milliarden heben?

Was sind wichtige Grundsätze einer Budgetsanierung in Zeiten von Rezession, Stagnation oder Mini-Wachstum? Gibt es ein gelungenes historisches Beispiel?

Franz Schellhorn: Der zentrale Grundsatz ist, dass kein Budget mit höheren Einnahmen zu sanieren ist, wie der italienische Ökonom Alberto Alesina eindrucksvoll bewiesen hat. An gelungenen Beispielen fehlt es nicht: Nehmen wir nur Schweden, das in den 1990er-Jahren durch Ausgabenkürzungen wieder in die Spur gefunden hat. In jüngerer Zeit wäre Griechenland zu nennen, oder ganz aktuell Argentinien: Dort wurden die Staatsausgaben kräftig gekürzt; bereits im ersten Jahr weist das Land einen Budgetüberschuss aus und heuer wird die argentinische Wirtschaft laut IWF um fünf Prozent wachsen.

In Österreich wird nicht nur ausgabenseitig gespart – es sind mit einer Abgabe für Banken und Energieunternehmen auch deutliche Mehrbelastungen geplant. Wurden die richtigen Akzente gesetzt?

Aus Sicht der SPÖ auf jeden Fall. Bevor die erste Ausgabenkürzung fixiert wird, beginnt die neue Regierung mit ihrem Linksaußen-Finanzminister Markus Marterbauer ihre Amtszeit

Zur Person

Franz Schellhorn leitet Agenda Austria seit dem Start im Jahr 2013. Davor war er 15 Jahre als Journalist bei der Tageszeitung „Die Presse“ tätig und leitete dort acht Jahre lang die Geschicke des Wirtschaftsressorts. Er schreibt regelmäßig Kolumnen für „Die Presse“ und „profil“.



gleich einmal mit höheren Energiesteuern – und das bei rekordhohen Strompreisen. Hinzu kommen Sonderabgaben für Banken, die aus Sicht der Politik zu viel verdienen – statt sich darüber zu freuen, dass die Banken gut wirtschaften und die Steuerzahler nicht wieder zu deren Rettung ausrücken müssen. Das Signal für alle Investoren ist unmissverständlich: Keine gut verdienende Branche ist vor dieser Regierung sicher. Und vergessen wir nicht den neuen Mietsozialismus: Das strengste Mietgesetz außerhalb Havannas wird noch einmal empfindlich verschärft, die Vermieter werden von der Regierung um 140 Mio. im Jahr erleichtert. ÖVP und Neos tragen diesen Linksruck geräuschlos mit – kaum zu glauben, aber wahr.

Bei welchen Maßnahmen wäre „mehr drin“ gewesen?

Auf jeder der 211 Seiten des Regierungsprogramms wäre mehr drinnen gewesen. Was sich die Bevölkerung aber zumindest erwarten durfte, wäre eine entschlossene Budgetsanierung über die Ausgabenseite gewesen. Die Republik hat die Staatsausgaben seit 2019 von 49 Prozent des BIP auf 54 Prozent hochgetrieben – mit dem Ergebnis, dass das Land vor dem dritten Jahr mit einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung steht. Man hätte sich zumindest von ÖVP und Neos erwarten können, dass sie eine Ausgabenbremse für den Staat durchbringen; um sicherzustellen, dass sich die Staatsausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung wieder auf das Vorkrisenniveau zurückbewegen. Allein das würde Mehrausgaben in Höhe von 25 Mrd. einsparen, womit für Österreich Budgetüberschüsse in Sicht wären.

Können alle Maßnahmen rechtzeitig umgesetzt werden, um die versprochenen Volumina zu erzielen?

Die Steuererhöhungen werden mit Sicherheit rasch und zügig umgesetzt, ein Defizitverfahren ist aus meiner Sicht aber nicht mehr zu verhindern. So gut wie alles, was an gebremsten Ausgaben geplant ist, wurde ja noch nicht einmal ausverhandelt. Das Vorhaben, das Wachstum der Staatsausgaben um sechs Mrd. Euro zu bremsen, ist lächerlich. Das sind gerade einmal 2,2 Prozent der Staatsausgaben. Jedes Unternehmen würde ob dieser Größenordnung nur müde lächeln, aber die Politik macht daraus eine Herkulesaufgabe.

Das Sparpaket für heuer ist auf 6,4 Mrd. Euro ausgerichtet. Das genügt, um ein Defizitverfahren abzuwenden. Wie hoch wäre der Sparbedarf aber eigentlich wirklich?

Mit 6,4 Mrd. Euro landet Österreich haarscharf unter der Defizitgrenze, wobei ich daran zweifle, dass dem so sein wird. So werden die Sonderdividenden staatlicher Unternehmen nicht Maastricht-relevant sein. Aber selbst dann bleiben noch 18 Mrd. übrig, die Österreich von einem ausgeglichenen Haushalt trennen. Das Problem sind die strukturellen Defizite, allen voran das schwer defizitäre Pensionssystem. Mit halbherzigen Schritten werden wir da nicht weit kommen.

Wo beziehungsweise wie könnten aus Ihrer Sicht die nächsten Milliarden eingespart werden?

Die größten Potenziale liegen klar bei den Pensionen, den Förderungen und der Verwaltung. Konkret: Das Pensionssystem braucht eine Anhebung des Eintrittsalters und ein Ende der

Frührenten. Bei den Förderungen könnten bis zu acht Mrd. eingespart werden, wenn man sie effizienter und zielgerichteter gestaltet. Und in der Verwaltung braucht es eine umfassende Digitalisierung und den Abbau von Parallelstrukturen; das könnte ebenfalls Milliarden freisetzen.

Die Mittelfrist-Prognosen zeigen für Österreich in den kommenden Jahren ein eher geringes Wirtschaftswachstum an – könnten wir das durch Sparpakete komplett verspielen?

Sparpakete würden das Wachstumspotenzial nicht verspielen, sondern erweitern. Ein sanierter Haushalt und ein zurückgedrängter Staat würden den Glauben der Wirtschaft an den Standort stärken. Niemand hat Verständnis dafür, dass man bei Staatsausgaben von 54 Prozent der Wirtschaftsleistung wieder in die Taschen der Bürger greift – nur weil die Regierung zu feig ist, das Land mit seinen überkommenen Strukturen grundlegend zu erneuern und der Bevölkerung in aller Offenheit zu sagen, dass die große Sause des Geldverteils vorbei ist.

Könnte die EU heuer unter Umständen doch noch ein Defizitverfahren eröffnen?

Das hängt davon ab, ob die angekündigten Sparmaßnahmen tatsächlich jetzt auch so umgesetzt werden. Im Frühjahr wird erneut geprüft. Wir sollten uns aber weniger vor den Brüsseler Behörden fürchten als vor den Finanzmärkten. Die zentrale Frage ist: Wie lange und zu welchen Konditionen werden uns ausländische Investoren noch Geld leihen, damit wir weiter ungehindert mit 61 in Frührenten gehen können?

Interview

„Die EU wird ihre Werte entschlossen verteidigen“

Christian Wigand wechselte 2024 nach vielen Jahren in Brüssel zurück nach Wien in die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich. Im Interview spricht er über die unsicheren und krisenhaften Zeiten, mit denen die Union derzeit umgehen muss, und über Herausforderungen im Welthandel sowie die Bürokratie-Schlankheitskur, die sich die EU verordnet hat.

Die neue EU-Kommission muss die Union in Zeiten enormer internationaler Unsicherheiten führen. Was ist aus Ihrer Perspektive die größte Herausforderung?

Christian Wigand: Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Europäische Union derzeit mit großen Herausforderungen konfrontiert ist, wirtschaftlich ebenso wie geopolitisch. Wir müssen massiv in unsere Sicherheit und Verteidigung investieren, wir müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken und gleichzeitig müssen wir in einer neuen Ära des rauen geostrategischen Wettbewerbs bestehen. Aber: Europa hat alle Voraussetzungen, um sich zu behaupten. Wir haben hervorragende, gut ausgebildete Arbeitskräfte. Wir sind die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, ein Binnenmarkt mit 450 Millionen Menschen – und wir haben weltweit ein dichtes Netz von mehr als 40 Handelsabkommen mit 76 Ländern. Wir haben zudem eine leistungsstarke soziale Infrastruktur. Und nicht zuletzt haben wir unabhängige Gerichte und stehen unerschütterlich zum Rechtsstaat. Die Europäische Union ist damit international ein verlässlicher Partner.



Christian Wigand, stellvertretender Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, über die Herausforderungen für die Union in einer veränderten globalen Lage.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass wir heftigen Turbulenzen standhalten können – gemeinsam haben wir die Coronapandemie bewältigt, gemeinsam haben wir die von Putin verursachte Energiekrise gemeistert. Und ich bin überzeugt: Wir werden auch an den aktuellen Herausforderungen gemeinsam wachsen.

Wird es im heurigen Jahr ein Ende des Kriegs in der Ukraine geben?

Und wenn ja, wie?

Der Krieg kann morgen vorbei sein, wenn Putin seine völkerrechtswidrige Invasion beendet und seine Streitkräfte abzieht. Die Realität ist leider eine andere: Am 24. Februar hat sich der Start von Putins barbarischem Krieg zum dritten Mal geährt. Aus Sicht der EU ist die Stärkung der Ukraine ein strategischer und moralischer Imperativ. Wie Präsidentin Ursula von der Leyen gesagt hat: „Die Welt blickt auf uns. Unsere Freunde und – mehr

”

Aus Sicht der Europäischen Union ist die Stärkung der Ukraine ein strategischer und moralischer Imperativ.

noch – unsere Feinde werden ganz genau beobachten, wie wir unsere Unterstützung für die Ukraine weiterführen.“ Und diese Unterstützung ist unumstößlich. Seit Beginn des Kriegs haben wir die Ukraine mit rund 135 Milliarden Euro unterstützt (Stand Mitte März, Anm.), damit übersteigt die Hilfe der EU jene der USA. Fast 50 Milliarden Euro davon sind in militärische Ausrüstung und Hilfsmaßnahmen geflossen. Und noch nie war unsere militärische Unterstützung für die Ukraine so dringend wie jetzt, wie die EU-Staats- und Regierungschefs beim Sondergipfel am

6. März klagemacht haben. Wir unterstützen einen gerechten und nachhaltigen Frieden für die Ukraine und stellen uns gegen jede Täter-Opfer-Umkehr. Und glasklar ist: Es können keine Verhandlungen über die Ukraine ohne die Ukraine geführt werden. Ebenso kann es keine Verhandlungen, die sich auf die europäische Sicherheit auswirken, ohne die Beteiligung Europas geben. Gleichzeitig muss und wird Europa nun seine militärischen Kapazitäten massiv ausbauen, auf der Basis des „Rearm Europe“-Plans von Präsidentin von der Leyen.

Mit Donald Trump zurück im Weißen Haus scheint die Zeit des Fokus auf Welthandel vorbei zu sein; die Bedrohung durch Handelskriege ist wieder da. Wie muss die Europäische Union darauf reagieren?

Die Einsätze sind auf beiden Seiten des Atlantiks sehr hoch, es steht da wie dort viel auf dem Spiel. Ein Handelskrieg schadet immer beiden Seiten. Das jährliche Handelsvolumen zwischen der EU und den USA beträgt rund 1,5 Billionen Euro. Täglich überqueren also Waren und Dienstleistungen im Wert von mehr als vier Milliarden Euro den Atlantik. Etwa 3,5 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner arbeiten für europäische Unternehmen in den USA. Die Lieferketten sind eng verzahnt. Ein Flugzeug „made in the US“ enthält etwa Steuerungssysteme und Kohlefasern „made in Europe“. Und amerikanische Medikamente werden mit Chemikalien und Laborwerkzeugen hergestellt, die aus Europa sind. Gleichzeitig importiert Europa doppelt so viele digitale Dienstleistungen aus den USA wie aus dem gesamten asiatisch-pazifischen Raum. Auch rund die Hälfte unseres Flüssiggases kommt aus den USA. Unsere Priorität muss es also sein, gemeinsame Interessen zu erörtern und Verhandlungsbereitschaft zu zeigen. Wir werden dabei an unseren Grundsätzen festhalten und selbstverständlich unsere Interessen verteidigen. Wenn die Europäische Union unfair oder willkürlich ins Visier genommen wird, wird sie entschlossen antworten.

Auch der Konflikt um Strafzölle auf E-Autos aus China ist aktuell ein Thema. Kann Diplomatie hier zu einer Lösung führen? Wie kann Europa seinen Markt schützen und gleichzeitig international kompetitiv bleiben?

Auch im Dialog mit China sollten wir den gegenseitigen Nutzen im Auge behalten. Natürlich müssen wir auf staatlich geförderte Überkapazitäten reagieren und Maßnahmen ergreifen, um unsere Unternehmen zu schützen. Im Bereich der Elektroautos haben wir nach einer gründlichen Untersuchung verhältnismäßige und

”

Ein Handelskrieg schadet immer beiden Seiten.

gezielte Maßnahmen in Form von Ausgleichszöllen ergriffen. Gleichzeitig sind wir nach wie vor für eine mögliche alternative Lösung offen – unter der Voraussetzung, dass diese die festgestellten Probleme wirksam behebt und mit dem WTO-Regelwerk vereinbar ist. Wir begehen heuer übrigens den 50. Jahrestag der diplomatischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China. Das ist eine gute Gelegenheit, unsere Handels- und Investitionsbeziehungen zu vertiefen und in gewissen Bereichen auch auszubauen. Ganz allgemein gilt: Europa ist und bleibt offen für internationalen Handel. Wir haben Handelsabkommen mit 76 Ländern geschlossen und sind für 72 dieser Länder der größte Handelspartner. Wir gelten als fair und verlässlich. Unsere Abkommen zielen darauf ab, für alle Vorteile zu bringen und eine nachhaltige Wirtschaft in den Partnerländern zu fördern. Wie gesagt: Wir werden weiter offen bleiben. Aber wir sind nicht naiv. Handel kann nicht nur frei sein, er muss auch fair sein.

Vonseiten der Wirtschaft werden oft überschießende Regeln und Bürokratie durch EU-Vorgaben als Hemmnis wahrgenommen. Was kann die Europäische Union hier tun?

Der Bürokratieabbau ist eine Top-Priorität der zweiten Amtszeit von Präsidentin Ursula von der Leyen. Die Europäische Kommission will in einem noch nie da gewesenen Umfang für Vereinfachung sorgen. Im Februar haben wir einen ersten Vorschlag dafür präsentiert: Die Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit, zum Lieferkettengesetz und bei der Taxonomie sollen reduziert werden. Weitere Initiativen für andere Branchen werden folgen. Ziel ist, die Berichtspflichten für alle

”

Die Europäische Kommission will in einem noch nie da gewesenen Umfang für Vereinfachung sorgen.

Unternehmen in der EU um 25% und für Klein- und Mittelunternehmen um 35% und mehr zu reduzieren. Zudem wollen wir auch 25% bzw. 35% des wiederkehrenden Verwaltungsaufwands reduzieren. Die Kommission plant, bis Ende ihres Mandats 2029 Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die für Unternehmen jährliche Einsparungen von mehr als 37 Milliarden Euro bedeuten.

Österreich feiert heuer 30 Jahre Mitgliedschaft in der Union; seit dem Beitritt hat sich sehr viel verändert. Wie sieht die Zukunftsperspektive der Union in einem radikal veränderten internationalen Umfeld aus?

Seit Österreichs EU-Beitritt im Jahr 1995 hat sich in der Tat viel verändert: Wir haben den Euro eingeführt, im Zuge des Vertrags von Lissabon das



„Wir müssen uns jetzt in einer neuen Ära des rauen geostrategischen Wettbewerbs behaupten. Die Union hat immer Wachstumsschübe gemacht, wenn die Herausforderungen besonders groß waren“, sagt Christian Wigand.

Zur Person

Christian Wigand war seit September 2024 interimistischer Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich und ist seit Februar stellvertretender Leiter. Er war in der Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker und unter Präsidentin Ursula von der Leyen als Sprecher tätig. Vor seinem Wechsel nach Brüssel war Wigand in Wien unter anderem Sprecher im Justizministerium. Der gebürtige Grazer hat Theologie und internationale Beziehungen studiert und ist Absolvent der Diplomatischen Akademie Wien.

demokratische Fundament unserer Union gestärkt und sind – nach den Erweiterungsrounds von 2004, 2007 und 2013 – heute eine Union von 27 Mitgliedsländern. Wir sind also – gemäß dem Motto unserer Kampagne zum 30-jährigen Jubiläum – gemeinsam gewachsen. Wir müssen uns jetzt in einer neuen Ära des rauen geostrategischen Wettbewerbs behaupten. Die Union hat immer Wachstumsschübe gemacht, wenn die Herausforderungen besonders groß waren. Es liegt an uns, dass das auch diesmal gelingt. Im Fokus stehen im Moment besonders die Themen Sicherheit und Verteidigung sowie Wettbewerbsfähigkeit.

”

Wir müssen uns jetzt in einer neuen Ära des rauen geostrategischen Wettbewerbs behaupten.

Und auch in den EU-Erweiterungsprozess ist nicht zuletzt durch die geopolitischen Entwicklungen neuer Schwung gekommen. Es liegen also intensive und spannende Jahre vor uns.

Der Letta-Report hat im vergangenen Jahr die Notwendigkeit der Vollendung der Idee des Binnenmarkts betont. Was sind auf dem Weg dorthin die wichtigsten Schritte?

Wir müssen die Hürden abbauen, die Unternehmen daran hindern, zu expandieren und die Vorteile des Binnenmarkts zu nutzen. Ein Problem in diesem Zusammenhang ist, dass Startups, die EU-weit tätig sein möchten, oftmals mit 27 unterschiedlichen Regelungen konfrontiert sind. Deswegen wollen wir für sie einen sogenannten 28. Rechtsrahmen schaffen, der ein einheitliches Regelwerk für die gesamte EU darstellt. Ein weiterer wichtiger Faktor ist auch der Kapitalzugang: Der EU fehlt es an einem geeinten Kapitalmarkt, der dazu beiträgt, dass aus Ersparnissen Investitionen in Europa werden. Wie wir in unserem Kompass für die Wettbewerbsfähigkeit Ende Jänner angekündigt haben, wird die Europäische Kommission eine europäische Spar- und Investitionsunion vorschlagen. Ziel ist es, neue Spar- und Anlageprodukte sowie Anreize für Risikokapital zu schaffen und sicherzustellen, dass Investitionen in der gesamten EU nahtlos möglich sind.

Politisch wird ein einstimmiges Vorgehen der Staaten der EU immer schwieriger. Ist die Union momentan so adaptiv, wie sie sein müsste?

In bestimmten wenigen Bereichen gilt in der EU das Einstimmigkeitsprinzip, zum Beispiel bei der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten, dem mehrjährigen Finanzrahmen, bei Sanktionen gegen Drittstaaten und in der Steuerpolitik. Und ja, manchmal führt das dazu, dass einzelne Staaten einen Beschluss blockieren beziehungsweise verzögern können. Aber das passiert viel seltener, als es die öffentliche Debatte vermuten

lässt. Bereits jetzt sind 80 bis 90 % der Entscheidungen in der EU Mehrheitsentscheidungen, sie werden also mit der sogenannten qualifizierten Mehrheit getroffen. Die EU ist also beschluss- und handlungsfähig. Aber wie Präsidentin Ursula von der Leyen im Juni 2024 anlässlich ihrer Wiederwahl angekündigt hat, wird es – auch vor dem Hintergrund kommender Erweiterungen – Reformen in der EU bedürfen.

”

Ziel ist es, neue Spar- und Anlageprodukte sowie Anreize für Risikokapital zu schaffen.

Was wünschen Sie sich für die nächsten Jahre bezüglich Fortschritten in der Union?

Ich hoffe, dass es uns wie geplant gelingt, Bürokratie abzubauen und den Fokus wieder auf die großen Herausforderungen zu richten: Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, Verteidigung, digitale Transformation, Klimaschutz. Diese Herausforderungen sind von einer so großen Dimension, dass kein einziger europäischer Staat sie allein bewältigen kann; gleichzeitig sind unsere Chancen zu groß, um allein ergriffen zu werden. Europa macht uns stark. Und wir müssen Europa stärken, indem wir das Gemeinsame vor das Trennende stellen und unsere Europäische Union gestalten. Viel zu oft wird von der EU wie von einem fremden Wesen gesprochen, das ohne unser Zutun Gesetze produziert. Dabei werden EU-Rechtsnormen von den Mitgliedstaaten und dem direkt gewählten Europäischen Parlament beschlossen. Ich wünsche mir, dass ein stärkeres Bewusstsein dafür wächst, dass wir alle die EU sind.

Interview

Industrie-Rezession: „Kurz gesagt: Wir sind zu teuer“

Sabine Herlitschka, CEO von Infineon Austria und Vizepräsidentin der Industriellenvereinigung, im Interview über die großen Herausforderungen der Industrie – und wie man die schlechte Stimmung im Land drehen kann.

Wir erleben die längste Rezession der Industrie in der Geschichte Österreichs, der Ausblick ist weiterhin pessimistisch. Was sind aktuell die größten Probleme der Industriebetriebe im Land?

Die heimische Industrie befindet sich bereits im dritten Jahr der Rezession. Grund dafür sind vor allem die im internationalen Vergleich schlechten Rahmenbedingungen, die uns vom weltweiten Wettbewerb entkoppeln. Kurz gesagt: Wir sind zu teuer. Das liegt konkret an einer zu hohen Steuer- und Abgabenquote – der vierthöchsten in Europa. Aber auch die Arbeitskosten sind in unserer Branche Elektro- und Elektronikindustrie in den letzten drei Jahren um knapp 30 Prozent gestiegen. In Kombination mit den hohen Energiepreisen ist das ein Cocktail mit Hangover-Garantie.

Die neue Bundesregierung muss sich der Konjunkturentwicklung annehmen. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Punkte, die angegangen werden müssten?

Aus Sicht der Industrie gibt es drei Punkte, die mittelfristig wesentlich sind: Erstens braucht es eine Senkung der Kosten auf Arbeit, damit die Lohnstückkosten runtergehen. Zweitens müssen die Energiekosten wieder deutlich sinken. Drittens müssen wir mit der Bürokratie runter. All das trägt dazu bei, uns wieder auf Kurs



zu bringen, und schafft Spielräume für Investitionen in Innovationen und Bildung, die wir dringend brauchen, um auch wichtige Bereiche der Hochtechnologie in Österreich halten und weiter stärken zu können.

Ein großes Problem ist die schlechte Stimmung im Land – die Konjunkturprognosen bleiben verhalten, die Privathaushalte sind immer noch zurückhaltend beim Konsum. Was muss getan werden, dass sich die Stimmung wieder dreht?

Die politischen Verantwortlichen müssen die großen und drängenden Reformen nun konsequent angehen. Das reicht von einer Senkung der Steuerquote auf 40 Prozent bis 2030 über die Senkung der Lohnnebenkosten bis hin zum Zurückfahren des „Vollkasko-Staats“. Strukturreformen braucht es aber auch im Sinne von Anreizen für längeres Arbeiten und stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Besonders auch im Gesundheits- und Pensionsbereich braucht es Reformen. Kontinuierlich daran zu arbeiten, sich zu verbessern, sich an neue Gegebenheiten anzupassen sowie Chancen zu erarbeiten und diese zu nutzen, das tun wir als Unternehmen zusammen mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern tagtäglich.

Die neue EU-Kommission will die Wettbewerbsfähigkeit der Union stärken. Was sind die wichtigsten Punkte?

Die angekündigten Maßnahmen des Competitiveness Compass gehen in die richtige Richtung. Vor allem der Clean Industrial Deal, der Dekarbonisierungsmaßnahmen stärker mit wettbewerbs- und wirtschaftspolitischen Zielen verknüpft, ist ein wesentlicher Erfolg – dafür haben wir uns als Industrie jahrelang eingesetzt. Gerade angesichts der teils erfolgreichen Drohgebärden von US-Präsident Donald Trump muss sich Europa schnell auf eigene Beine stellen und seine Interessen selbstbewusst vertreten. Unser mächtigstes Instrument in Europa sind der echte gemeinsame Binnenmarkt, der digitale Binnenmarkt und die Kapitalmarktunion, das muss rasch realisiert werden. Die EU muss mit klugen Handelsabkommen auch weiter neue Märkte erschließen. Hier sind bereits Fortschritte zu sehen. Darüber hinaus ist das Thema Entbürokratisierung auf europäischer Ebene extrem wichtig.

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Österreich muss zukunftsfit werden. Dafür braucht es einen langfristigen Plan, der über Wahlperioden hinausgeht. Reformen im Pensionssystem und eine ausgaben-
seitige Konsolidierung sind dabei unerlässlich. Gleichzeitig müssen wir den Wirt-
schaftsstandort stärken und die Weichen für Innovation und Wachstum stellen.
Besonders besorgt bin ich über die Bildungslandschaft: Wir brauchen dringend mehr
Investitionen in die Elementarpädagogik, eine stärkere Integration von MINT-
Themen und bessere Unterstützung für Lehrkräfte – vor allem in urbanen Zentren.
Ebenso zentral bleibt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Hier dürfen wir
keine Rückschritte riskieren, denn sie ist der Schlüssel für soziale Gerechtigkeit
und wirtschaftliche Resilienz.“

Julia Aichhorn, Geschäftsführerin der Dr. Aichhorn Group
und JI-Bundesvorsitzende

„Was Österreich braucht, ist ein neues, starkes und zukunftsorientiertes Profil, um in
puncto Wettbewerbsfähigkeit aufzuholen! Eine umfassende Strategie, die Bildung,
Digitalisierung, Bürokratieabbau, steuerliche Anreize, Arbeitsmarktreformen,
Nachhaltigkeit und Innovationsförderung miteinander verknüpft. Kurzfristige Maß-
nahmen und ein klares, unverkennbares Zukunftsbild, das wir gemeinsam erreichen
wollen. Und Rahmenbedingungen, die neben der fachlichen Kompetenz in der Aus-
bildung die Persönlichkeitsentwicklung und Transformation unterstützen, um die
Herausforderungen unserer Zeit als Chancen nutzen zu können.“

Thomas Welser, Member of The Group Management Board und CEO
Welser Profile



„Österreich braucht klare politische Verhältnisse und eine Vision, wie wir aus dieser
konjunkturellen Krise kommen. Im Fokus muss die Stärkung der Wettbewerbs-
fähigkeit stehen – mit einer Wirtschaftspolitik, die Unternehmen durch verbesserte
Rahmenbedingungen ermöglicht, international wieder voll durchzustarten. Dazu
gehören eine Senkung der Lohnnebenkosten um 5%, die Verlängerung der Strom-
preiskompensation bis 2030 und ein konkreter Plan zum Abbau von Bürokratie-
kosten. Nur so sichern wir Wachstum, Arbeitsplätze und unseren Wohlstand.“

Max Kloger, geschäftsführender Gesellschafter Tiroler Rohre GmbH
und Präsident IV Tirol

„Der 80. Geburtstag der Zweiten Republik erinnert auch daran, was uns stark ge-
macht hat: der Glaube an die Möglichkeiten, aus eigener Kraft Neues zu schaffen.
Das sollte uns auch in Zukunft stark machen. Dazu gehört, dass wir endlich die
Angst vor dem Kapitalmarkt ablegen, um dessen enorme Potenziale für Unterneh-
men und die Vorsorge der Menschen zu heben. Dreißig Jahre nach dem EU-Beitritt
können wir stolz auf die Bilanz sein. Der Blick nach vorn fordert allerdings noch
mehr Tatkraft: Es braucht das Bekenntnis zum Binnenmarkt, zu freiem Handel und
dem Aufheben von Barrieren. Gleichzeitig müssen wir in Österreich noch mehr
für den Umbau des Energiesystems oder auch für bezahlbaren Wohnraum tun. Das
gelingt nur, wenn wir gemeinsam anpacken. Wir als Bank sind bereit, die Zukunfts-
investitionen zu finanzieren.“

Peter Bosek, CEO der Erste Group





IMPULSE

VOM SCHWARZENBERGPLATZ

IMPULSE VOM SCHWARZENBERGPLATZ

Die Veranstaltungsreihe „Impulse vom Schwarzenbergplatz“, initiiert von der Industriellenvereinigung (IV), hat sich als exklusive Plattform für den Dialog über drängende Themen unserer Zeit etabliert. Internationale Spitzenpersönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft teilen ihre Perspektiven und regen dazu an, neue Wege zu gehen. In einer Zeit globaler Herausforderungen schafft diese Veranstaltungsreihe Raum für tiefgründige Diskussionen abseits des tagespolitischen Geschehens und setzt Impulse für die Zukunft.

EINE BÜHNE FÜR WEGWEISENDE DISKUSSIONEN

Im Fokus stehen Themen von geopolitischer Relevanz, etwa die europäische Sicherheit sowie die Frage, welche Rolle Europa in einer sich wandelnden Weltordnung einnehmen sollte. Jede Veranstaltung wird gemeinsam mit



Die ehemalige finnische Premierministerin Sanna Marin im Gespräch mit Moderatorin Hannelore Veit.



IV-Vizepräsident F. Peter Mitterbauer eröffnete die „Impulse“ mit den Themen Globalisierung und strategische Autonomie

einem Kooperationspartner realisiert und richtet sich an ein ausgewähltes Publikum aus Entscheidungsträgern und Interessierten.

Ein besonderes Highlight jeder Ausgabe ist das exklusive Meet & Greet, das vor der Hauptveranstaltung stattfindet. Rund 40 geladene Gäste – darunter hochrangige Vertreter aus Industrie, Politik und Forschung – erhalten hier die Möglichkeit, in kleinem Kreis direkt mit den Speakern in Austausch zu treten. Diese persönliche Gesprächsrunde fördert nicht nur die Vernetzung, sondern auch den offenen Dialog über aktuelle Entwicklungen und künftige Herausforderungen.

Die Hauptveranstaltung selbst findet im Haus der Industrie am Wiener Schwarzenbergplatz statt, einem Ort von wirtschaftlicher und historischer Bedeutung. Hier werden Gedanken und Perspektiven ausgetauscht, die über den Status quo hinausweisen und langfristige Strategien in den Blick nehmen.

HÖHEPUNKTE DER BISHERIGEN AUSGABEN

Die bisherigen Veranstaltungen der Reihe unterstrichen den Anspruch, nachhaltige Impulse für Wirtschaft und Gesellschaft zu setzen. Bei der Auftaktveranstaltung im April 2024 sprach Anders Fogh Rasmussen, ehemaliger Ministerpräsident von Dänemark und ehemaliger NATO-Generalsekretär, über die geopolitischen Herausforderungen Europas. Besonders im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine rief er dazu auf, Europas Sicherheitsstrategie grundlegend zu überdenken. Seine Kernaussage: Europa muss Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen, um langfristig Stabilität zu garantieren. „Europa muss wieder zu einer selbstbewussten und aktiven Außenwirtschaftspolitik zurückfinden und diese auch aus sicherheitspolitischen sowie energie- beziehungsweise

klimapolitischen Gesichtspunkten betrachten“, so F. Peter Mitterbauer, IV-Vizepräsident, zum Austausch mit Anders Fogh Rasmussen.

Im November 2024 folgte ein weiterer Höhepunkt mit der ehemaligen finnischen Ministerpräsidentin Sanna Marin. In einem intensiven Austausch über die geopolitische Position Europas zwischen den USA und China hob Marin die Dringlichkeit hervor, Europas Handlungsfähigkeit zu stärken und eine auf Regeln basierende internationale Ordnung aktiv zu verteidigen. Sie betonte, dass ein geeintes, entschlossenes Europa eine Schlüsselrolle in der Bewältigung globaler Krisen spielen müsse.

IMPULSE ZUR ZUKUNFTSGESTALTUNG

„Impulse vom Schwarzenbergplatz“ steht für den Anspruch, Denkanstöße zu geben und aktuelle Fragestellungen in einen größeren Zusammenhang zu setzen. Die Verbindung von internationalen Expertisen mit österreichischen Perspektiven ermöglicht es, globale und regionale Entwicklungen miteinander zu verknüpfen und daraus praxisnahe Erkenntnisse zu gewinnen.



Anders Fogh Rasmussen, vormals dänischer Premierminister und Ex-NATO-Generalsekretär, war Gast beim Auftakt der „Impulse vom Schwarzenbergplatz“ im April 2024.

EIN BLICK IN DIE ZUKUNFT

Auch 2025 werden die „Impulse vom Schwarzenbergplatz“ fortgesetzt, erneut mit hochkarätigen Gästen, die ihre Expertise und Visionen mit einem ausgewählten Publikum teilen. Die Veranstaltungsreihe bleibt damit eine unverzichtbare Plattform für alle, die gemeinsam an der Gestaltung einer erfolgreichen Zukunft arbeiten wollen.

Mit der Diskussionsreihe „Impulse vom Schwarzenbergplatz“ setzt die Industriellenvereinigung ein starkes Zeichen für die Bedeutung von Dialog und Kooperation – eine Botschaft, die in einer komplexen Welt aktueller denn je ist. ■

DAS INTERNATIONALE PARKETT DES SALZBURG SUMMIT

Die internationale Wirtschaftskonferenz verwandelt Salzburg wieder in ein Zentrum für Wirtschafts- und politische Gespräche weit über die Grenzen Österreichs und Europas hinaus.

Die Industriellenvereinigung lädt heuer bereits zum sechsten Mal zur internationalen Wirtschaftskonferenz Salzburg Summit. An drei Tagen – vom 23. bis zum 25. Juli 2025 – verwandelt sich Salzburg damit wieder zum Zentrum für Wirtschafts- und politische Gespräche mit hochkarätigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Europa und darüber hinaus. Im Zentrum stehen wieder technologische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Fragen im geopolitischen Kontext. 2025 gerät das Gefüge der Weltwirtschaft durch politische Weichenstellungen und Kursanpassungen in den USA, Europa und China in Bewegung und liefert damit Stoff für spannende Bühnendiskussionen, Keynotes und informellen Austausch.

Den Rahmen bildet traditionell ein Programm mit hochkarätigen Speakern. In den vergangenen Jahren diskutierten am Salzburg Summit internationale Persönlichkeiten wie der ehemalige britische Premierminister Boris Johnson, der türkische Finanzminister Mehmet Şimşek oder die Präsidentin der Republik Moldau, Maia Sandu. Zu den Gästen zählen außerdem österreichische Ministerinnen und Minister, Vertreterinnen und Vertreter wichtiger nationaler und europäischer Institutionen und Verbände sowie Vorstände der größten Unternehmen Österreichs. Auch heuer wird der Salzburg Summit wieder Antworten auf Herausforderungen in der Weltwirtschaft und der Geopolitik finden und spannende Inputs zu Themen wie strategischer Autonomie sowie Zoll- und Innovationspolitik liefern. ■



Der Salzburg Summit holt internationale Top-Speaker auf die Bühne wie den türkischen Finanzminister Mehmet Şimşek oder Moldaus Präsidentin Maia Sandu (beide Bild Mitte)



STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Veränderungen anpacken wird das Motto der nächsten Zeit sein. Die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts wurde innerhalb weniger Jahre erheblich beeinträchtigt. Der massive Anstieg der Arbeitskosten und Energiekosten und die ausufernde Bürokratie haben das Investitionsklima in Österreich stark negativ beeinflusst. Wir sind vom Erfolgsweg abgekommen! Eine Kurskorrektur ist dringend notwendig. Bremsende Regulierungen abbauen, Strukturreformen anpacken und Investitionen in höhere Produktivität anstatt in den weiteren Ausbau des Sozialstaats werden wieder Schwung und Vertrauen in die Gestaltung unserer Zukunft bringen. Leistung muss sich wieder lohnen! Weitreichende Handelsabkommen durch ein starkes Europa helfen erfolgssuchenden österreichischen Unternehmen beim Wachstum.“

Thomas Bründl, CEO STARLIM Spritzguss GmbH

„Appell an die neue Bundesregierung: Ganz vorrangig muss Österreich nun sein Budget sanieren, zugleich aber auch Geld für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen loseisen. Konkret braucht es für das Jahr 2025 eine massive Senkung im Bereich Lohnnebenkosten sowie eine Fortführung der Strompreiskompensation vor allem für energieintensive Unternehmen. Als dritten Punkt müssen wir weiterhin umfassende Schritte zur Entbürokratisierung einfordern. Regieren ist ein Rendezvous mit der Realität – die neue Bundesregierung sollte sich tagtäglich vor Augen halten: In Österreich ist jeder zweite Arbeitsplatz vom Export abhängig. Daher sichert die Mitgliedschaft in der EU Österreichs Wohlstand. Die Budgetkonsolidierung muss vorrangig über Förderungsbeschränkungen und Reformen im Pensionssystem erreicht werden.“

Peter Unterkofler, Geschäftsführer Jacoby GM Pharma GmbH und Präsident IV-Salzburg



„Unsere Wettbewerbsfähigkeit gilt als entscheidendes Maß für die Zukunft, sowohl in der EU als auch im Bund wie im Land. Wir brauchen daher Leadership mit Mut zur Wahrheit und Kraft zur Tat, um als Standort wieder zu den Besten zu gehören. Wir werden außerdem viele Dinge neu denken und anders machen müssen, um wieder zukunftsfit zu werden – eine Chance, mit der die Politik der ganzen Gesellschaft wieder Zuversicht geben kann.“

Kurt Maier, CEO Heinzl Group und Präsident IV-Steiermark

„Wir werden die neue Regierung an ihren Taten messen. Entscheidend ist, was umgesetzt wird: tiefgreifende Reformen wie die Sicherung des Pensionssystems, die Senkung der Lohnstückkosten, Bürokratieabbau sowie ein klares Bekenntnis zur EU. Nachhaltigkeit und Klimaschutz dürfen keine ideologischen Streitfragen sein – sie müssen zum breiten, parteiübergreifenden Konsens werden. Die Energiewende erfordert für Unternehmen Planungssicherheit und eine verlässliche Politik.“

Kari Ochsner, Geschäftsführer von Ochsner Wärmepumpen und Präsident IV-Niederösterreich



DIE PRODUZENTEN DER ENERGIEWENDE

In Österreich entstehen kleine Bauteile und große Maschinen, ohne die die Anlagen der globalen Energiewende nicht laufen würden. Die Nachfrage steigt, und das bedeutet für das Land ein deutliches Plus an Wirtschaftsleistung und Arbeitsplätzen. Was braucht es, um die Chancen vollständig ausnutzen zu können?



F. Peter Mitterbauer im Gespräch mit Miba-Lehrlingen in der Lehrwerkstätte.



2022 hat die Miba im Mühlviertel ihr erstes Batterie-Produktionswerk eröffnet.

In der nahen Zukunft wird die österreichische Wirtschaft laut Wirtschaftsforschungsinstitut Wifo um nur rund ein Prozent pro Jahr wachsen. Eine Chance, dieses Wachstum zu stützen, liegt in der grünen Transformation – allem voran im Wandel in der Industrie. Eine Studie von Cambridge Econometrics gemeinsam mit dem Wiener Kontext Institut zeigt, dass eine „zukunftsfähige Industriepolitik“ das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Basiszenario im Jahr 2030 um 0,6 Prozentpunkte heben könnte und im Jahr 2050 sogar um 3,3 Prozentpunkte. Die notwendigen Investitionen würden sich 2032 amortisieren, und bis Mitte des Jahrhunderts würden 44.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Kumuliert bedeutet das ein Plus an Wirtschaftsleistung bis 2050 von 250 Mrd. Euro.

Von der Schlosserei zum Weltmarktführer

Österreich ist in einer sehr guten Ausgangslage, diese Chancen optimal zu nutzen. Eines der vielen Unternehmen, die mit der Energiewende bereits besonders stark wachsen, ist die oberösterreichische Miba. Miba ist ein Akronym, das sich aus dem Nachnamen der Unternehmerfamilie bildet: F. Peter Mitterbauer leitet das Unternehmen in der mittlerweile dritten Generation. Die Ursprünge des Unternehmens liegen in einer Schlosserei und Reparaturwerkstätte, bis man sich schließlich auf die Produktion von Gleitlagern, Sintermetall und Reibbelägen spezialisierte. Die Produkte kommen damals wie heute in der Automobilindustrie, aber auch in Flugzeugen, Bau- und Landmaschinen, Kraftwerken und Stromnetzen zum Einsatz. Kunden wandten sich an Miba, wenn der Fokus auf Energieeffizienz, weniger Treibstoffverbrauch und weniger Lärmemissionen lag. „Es ging bei der Miba also bereits um Energie und Nachhaltigkeit, als die Energiewende noch gar kein Thema war“, sagt F. Peter Mitterbauer, der 2013 den Vorstandsvorsitz mit der Mission „Technologies for a cleaner planet“ übernahm;

eine Ausrichtung, die dem Unternehmen einen Wachstumsschub verlieh und die Umsätze in den folgenden zehn Jahren verdoppelte.

Wenn es um Komponenten oder Maschinen für riesige Windkraftanlagen in Meeren geht, ist Miba eine der ersten Adressen für Anlagenbauer. Um die Windtürme im Meeresboden verankern zu können, braucht es Rohrsegmente, die enormen Belastungen standhalten, und hier kommt das oberösterreichische Unternehmen ins Spiel, dessen Maschinen zur optimalen Verschweißung dieser Segmente beitragen. Allein dieser Bereich hat im letzten Jahr 50 Mio. Euro an neuem Umsatz gebracht. Miba-Technologie kommt aber auch in Bremsen, Getrieben und in der Elektronik der Windturbinen zum Einsatz. „So haben sich unsere Umsätze mit Kunden aus der Windenergie innerhalb von nur zwei Jahren verdreifacht“, sagt Mitterbauer. Und auch bei Gleitlagern für Wasserkraftwerke gehört das Unternehmen zu den drei größten Anbietern der Welt.

„Clean Industrial Deal“ der EU

Was umfasst eine „zukunftsfähige Industriepolitik“, die die Chancen der grünen Transformation bestmöglich ausnutzt? Die Forscher von Cambridge Econometrics sind für ihre Studie von einer ganzen Reihe an zusätzlichen Maßnahmen ausgegangen; darunter waren eine breitere CO₂-Bepreisung, aber auch Importquoten für Komponenten und Produkte aus Bereichen wie Photovoltaik, Windenergie, Wärmepumpen oder Elektrofahrzeuge. Die Studienautoren sind für ihre Prognosen von der Umsetzung des Net Zero Industry Acts der EU ausgegangen. Dabei geht es um einen ersten Schritt, den „Green Deal“ mit einer zukunftsorientierten Industriepolitik zusammenzuführen – ein Vorhaben, das die EU heuer mit einem „Clean Industrial Deal“ weiter ausbauen will. Der Net Zero Industry Act sieht vor, dass bis 2030 mindestens 40 Prozent des Bedarfs an Schlüsseltechnologien in der EU mit Fertigungen in Europa gedeckt werden können. Die dafür benötigten Investitionen zum Ausbau der Fertigungskapazitäten für saubere Technologien belaufen sich im Zeitraum 2023–2030 auf etwa 92 Mrd. Euro. Mit dem Ende Fe-

”

Es ging bei der Miba also bereits um Energie und Nachhaltigkeit, als die Energiewende noch gar kein Thema war.

bruar vorgestellten „Clean Industrial Deal“ sollen kurzfristig weitere 100 Mrd. Euro mobilisiert werden. Gleichzeitig werden nachhaltige Produkte bei öffentlichen Vergabeverfahren bevorzugt und für kritische Industrien wie Stahl oder die Automobilbranche eigene Pläne ausgearbeitet werden.



2024 wurde mit dem Bau eines neuen Miba-Ausbildungszentrums für Lehrlinge und Fachkräfte begonnen.

In Österreich war das Umfeld für Investitionen allerdings schon einmal besser, erklärt Mitterbauer: „Investitionen am Standort Österreich machen nur dann Sinn, wenn man hier auch nachhaltig Geld verdienen kann. Daher müssen wir unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit absichern, die in den vergangenen Jahren stark unter Druck gekommen ist.“ Sorgen macht dem Unternehmer die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die auch bei innovativen Produkten am Weltmarkt eine Rolle spielt. Es geht aber auch um Bürokratie und Regulierungswut: „Gerade bei der Energiewende und beim Klimaschutz müssen wir in Österreich und in ganz Europa verstehen, dass Verbote und Vorschriften keine gute Basis für Innovation sind. Wir sollten vielmehr

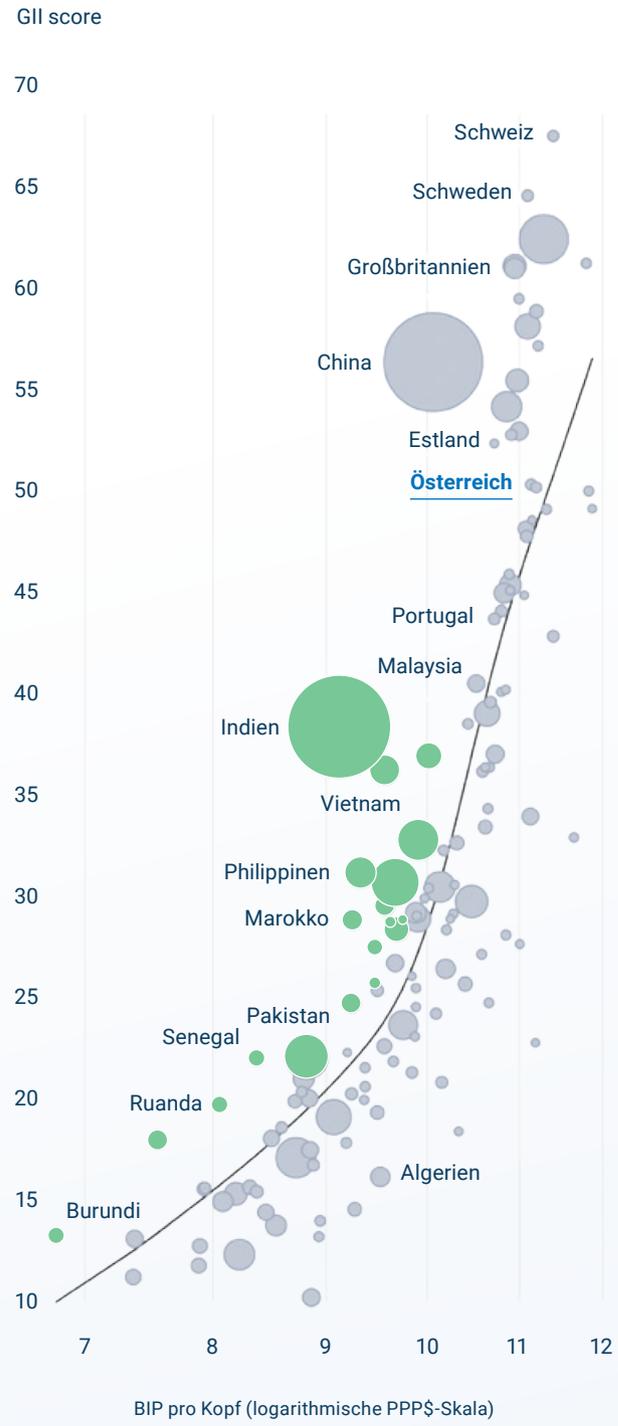
„*Gerade bei der Energiewende und beim Klimaschutz müssen wir in Österreich und in ganz Europa verstehen, dass Verbote und Vorschriften keine gute Basis für Innovation sind.*“

auf Anreize setzen, so wie es die USA machen. Wir sollten uns von dort auch die Mentalität abschauen, einfach anzupacken und zu machen. Auch von Asien können wir lernen; mich beeindruckt die Neugierde, der Erfolgshunger und der Zukunftsfokus der Menschen dort sehr.“

Innovations-Spitzenreiter

Miba gehört zu den innovativsten Unternehmen Österreichs. Gemessen wird das anhand der Anzahl angemeldeter Patente. 2023 hat die Unternehmensgruppe 48 neue Patente angemeldet und landet damit auf Platz drei in Österreich

Innovations-Überperformer im Verhältnis zu ihrer wirtschaftlichen Entwicklung



● Leistung über den Erwartungen für den Entwicklungsstand

Anmerkung: Die Größe der Blasen richtet sich nach der Bevölkerungszahl. Die kubische Spline-Trendlinie zeigt das erwartete Niveau der Innovationsleistung bei verschiedenen Niveaus des Pro-Kopf-BIP für alle in der GII 2024 erfassten Volkswirtschaften.

Quelle: Global Innovation Index Database, WIPO, 2024

Foto: Miba/Wakolbinger



In Laakirchen stellt die Miba Gleitlager für Getriebe in Windturbinen her.

und Platz eins in Oberösterreich. Zuletzt wurden 43 Mio. Euro in Forschung und Entwicklung investiert – das entspricht einer F&E-Quote, also einem Anteil am Umsatz, von 3,5 Prozent.

Österreich gilt grundsätzlich als starker Forschungsstandort, was sich in einer Forschungsquote von 3,34 Prozent niederschlägt und das Land unter die Top 3 in der EU bringt. Laut Statistik Austria werden sich die Forschungsausgaben 2024 insgesamt auf rund 16,6 Mrd. Euro belaufen – das entspricht einer Steigerung von rund 1,06 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr. Um die grüne Transformation und die Digitalisierung in den kommenden Jahren vorantreiben zu können, ist das laut Experten aber nicht ausreichend: Die Forschungsausgaben sollen bis 2030 auf vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen, um den Chancen und Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, forderten zuletzt das Austrian Institute of Technology, die Österreichische Akademie der Wissenschaften und die Industriellenvereinigung in einem Schulterchluss. Derzeit kommt rund ein Drittel dieser Investitionen vom Staat, der seine Investments in Innovation für dieses Ziel in der nächsten Periode des FTI-Pakts (2027–2029) um 1,6 Mrd. Euro auf 6,8 Mrd. Euro steigern müsste.

Foto: Miba/Wakolbinger

Fachkräfte der Schlüsseltechnologien

Gleichzeitig müssen auch die vielen neuen Jobs besetzt werden, die durch die Transformation geschaffen werden. „Es braucht gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit viel Pioniergeist und Innovationsgeist nach neuen technologischen Lösungen für unsere Kunden suchen. Daher ist es so wichtig, dass wir herausragende Ausbildungsangebote in der Technik und in der Naturwissenschaft haben“, sagt Mitterbauer. In den Schlüsseltechnologien, die die EU stärken will, gibt es in Österreich bis 2029 ein Beschäftigungspotenzial von 58.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, die zu besetzen sind. Das geht aus einer Studie des Economica-Instituts hervor, in der für Schlüsseltechnologien relevante Berufe untersucht wurden. Diese verlangen spezialisiertes Wissen und Qualifikationen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). Bereits in den vergangenen Jahren ist die Beschäftigung in diesen Bereichen mit 1,6 Prozent pro Jahr überdurchschnittlich gewachsen. Der Strukturwandel hin zu einer grüneren und digitalisierteren Wirtschaft und Industrie wird also einen zusätzlichen Personalbedarf auslösen, der die Fachkräftelücke aufgrund des demografischen Wandels vergrößert. Experten gehen davon aus, dass diese Lücke in den kommenden zehn Jahren auf rund eine halbe Million Menschen wächst. Das Ziel, die Absolventenzahlen in den für Schlüsseltechnologien wichtigen Fächern bis 2030 um ein Fünftel zu steigern (das sich die damalige Bundesregierung 2023 gesteckt hat), ist also aktueller denn je und sollte nicht aus dem Blick geraten. ■



BÜROKRATIE-STANDORT ÖSTERREICH

10 bis 15 Milliarden Euro Bürokratiekosten verursachen EU- und nationale Gesetzgebung jährlich – Geld, das für nötige Investitionen an anderer Stelle fehlt. Was lässt sich gegen das Dickicht heimischer Vorschriften und Regulatorik machen?

Man hört mittlerweile in jeder guten Standortdebatte, die Bürokratie müsse weniger werden, vor allem jene, die in EU-Gremien ausgetüfelt wird; Berichtspflichten, Lieferkettengesetz, Entwaldungsverordnung etc. – doch wie viel kosten diese umfassenden Regularien heimische Unternehmen tatsächlich? Das Wirtschaftsforschungsinstitut Economica hat sich in einer Studie im Auftrag der Industriellenvereinigung (IV) den „Bürokratiestandort Österreich“ näher angesehen. Das Ergebnis: 10 bis 15 Milliarden Euro Bürokratiekosten verursachen EU- und nationale Gesetzgebung jährlich. Das entspricht 2,6 bis 3,8 Prozent der österreichischen Wirtschaftsleistung. Zum Vergleich: Das heimische Budgetdefizit dürfte im Jahr 2025 knapp über 20 Milliarden Euro ausmachen. Im Durchschnitt müssen heimische Unternehmen 2,5 Prozent ihrer Umsatzerlöse

für die Einhaltung bürokratischer Vorschriften aufwenden; Geld, das für nötige Investitionen an anderer Stelle fehlt.

Österreich ist Bürokratie-Mittelmaß

An welcher Stelle ordnet sich Österreich in diesem Themenfeld im europäischen Vergleich ein? Weder unter den EU-Musterschülern noch unter den Klassenletztgen: Mit Platz elf nimmt man eine mittige Position ein. Während Unternehmen in Süd- und Osteuropa in der Regel höhere Bürokratiekosten verbuchen, sind jene in mit Österreich vergleichbaren Ländern Nordeuropas (Dänemark, Schweden, Finnland) deutlich geringer belastet. Der langfristige Trend zeigt in Österreich in Richtung mehr Bürokratie. Verantwortlich hierfür sind sowohl EU-Vorgaben als auch die nationale Gesetzgebung – Stichwort „Gold-Plating“ – und deren Vollzug durch heimische Behörden.

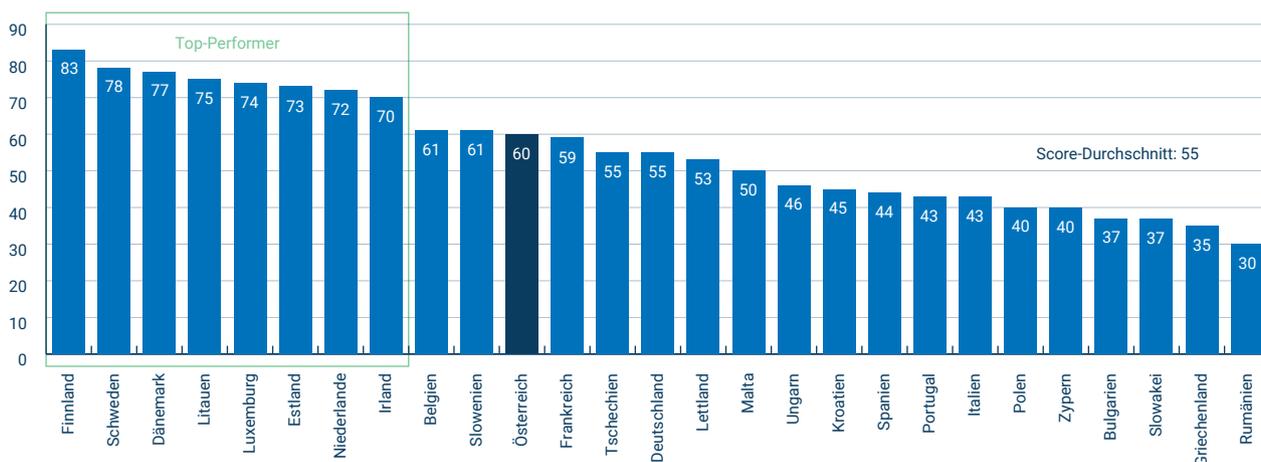
Bürokratie-Hochburg Brüssel?

Allein auf EU-Ebene hat sich das Volumen der Gesetzgebung seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Ende 2008 nahezu verdoppelt. Knapp zehn Millionen Wörter umfasste die Summe aller EU-Verordnungen und -Richtlinien im Jahr 2024. Zwar führt nicht jeder Rechtsakt zwangsläufig zu mehr Bürokratie – gerade exportierende Unternehmen profitieren von EU-weit einheitlichen Regelungen –, doch in vielen Fällen (wie z. B. der bis 2026 umzusetzenden Lohntransparenz-Richtlinie) wird

eigenen Staatssekretariats für Entbürokratisierung schlägt in dieselbe Kerbe. Dieses kann als zentrale Anlaufstelle bestehende gesetzliche Verpflichtungen evaluieren, Empfehlungen zum Bürokratieabbau erarbeiten und in Zukunft bei neuen legislativen Vorhaben die Wettbewerbsfähigkeit sowie die nachhaltige Entwicklung des Standorts im Blick behalten. Weitere strukturelle Maßnahmen wären „One-in/One-out“-Regeln, Sunset-Klauseln, angemessene Evaluierungen und Wirkungsfolgenabschätzungen von Gesetzen sowie die Vermeidung des besagten „Gold-Plating“.

Bürokratiekosten im EU-Vergleich

Bürokratiekostenindex 2023



Quelle: Economica

zusätzliche Regulierung geschaffen. Die vor Kurzem präsentierte EU-Omnibus-Initiative soll diesen Trend umkehren und unter anderem Bürokratieaufwand für Unternehmen reduzieren. Ziel der Kommission ist es, bis zum Ende ihres Mandats eine Verringerung des Verwaltungsaufwands um mindestens 25 Prozent und für KMU um mindestens 35 Prozent zu erreichen. Allein 6,3 Milliarden Euro Bürokratiekosten sollen die bisher veröffentlichten Maßnahmen im Bereich der Nachhaltigkeits-Berichtspflichten, Lieferkettenrichtlinie, EU-Taxonomie und des CO₂-Grenzausgleichs freispielen.

Den Regulierungsdschungel lichten

Was lässt sich nun gegen das Dickicht heimischer Vorschriften und Regulatorik machen? Ein Mittel ist mehr Transparenz. Nach dem Vorbild des Bürokratieindex von Economica könnte Österreichs neue Regierung einen eigenen Bürokratiekostenindex (BKI) einführen. Im schwarz-rot-pinken Regierungsprogramm heißt es: „Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Bürokratiebremse sowie zur transparenten Darstellung von Bürokratiekosten. Ein jährlicher Entbürokratisierungsbericht wird gelegt.“ Dieser Index böte eine erste quantitative Grundlage, um Fortschritte beim Bürokratieabbau zu messen und internationale Vergleiche anzustellen. Die Einrichtung eines

Täglich grüßt die Verwaltungsreform

Deutlich anspruchsvoller ist eine umfassende Verwaltungs- sowie Föderalismusreform. Wie schon der Österreich-Konvent Anfang der 2000er-Jahre darlegte, könnten hierdurch bestehende Doppelgleisigkeiten und ineffiziente Strukturen beseitigt und eine klare Aufgabenorientierung, Ausgabenverantwortung und mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung geschaffen werden. Im neuen Regierungsprogramm wird nun immerhin ein zweiter Verfassungskonvent geplant. Durch die Bündelung von Verwaltungsaufgaben, etwa in einer zentralen Serviceplattform (Personalverwaltung, Ressourcenmanagement, Controlling) ließe sich die öffentliche Verwaltung nicht nur günstiger, sondern auch effizienter betreiben. Der Ausbau von E-Government ist nicht nur aufgrund des aktuellen Arbeitskräftemangels ein Gebot der Stunde. Eine Stärkung des Once-only-Prinzips könnte sowohl Unternehmen und Bürger als auch Behörden von unnötigen Prozessen und Verwaltungsabläufen befreien. Letztlich sollte Bürokratieabbau nicht nur als Selbstzweck verstanden werden, um eine bürgernahe und effiziente Verwaltung zu gewährleisten. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hat er darüber hinaus das Potenzial, Unternehmen zu entlasten und neue Zuversicht zu schaffen. ■

Interview

„Unternehmen brauchen Spielraum, um zu investieren“

Österreich war einst ein wirtschaftliches Vorbild in Europa, mit starkem Wachstum und hoher Wettbewerbsfähigkeit. Heute zeigt sich ein anderes Bild: Die Industrieproduktion schrumpft, die Kosten steigen und Investitionen bleiben aus. Die neue Bundesregierung hat nun ihr Regierungsprogramm präsentiert – doch reicht es aus, um Österreich wieder auf Kurs zu bringen?

Herr Knill, die neue Bundesregierung hat ihr Regierungsprogramm vorgestellt. Was ist Ihr erster Eindruck?

Georg Knill: Grundsätzlich enthält das Regierungsprogramm einige positive Ansätze, insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung, Innovation und Infrastruktur. Die geplante Anhebung der Forschungsquote auf über vier Prozent des BIP, die Beschleunigung der notwendigen Verfahren zum Ausbau der Energienetze sowie Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung sind Schritte in die richtige Richtung. Doch während diese Maßnahmen wichtig sind, fehlt es an einer ebenso klaren Strategie zur Entlastung der Unternehmen.

Österreich hat eines der höchsten Steuer- und Abgabenniveaus weltweit – das bremst Investitionen und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit. Bei allem Verständnis für die Budgetsanierung: Anstatt zusätzliche Belastungen einzuführen, müsste der Fokus auf spürbaren Entlastungen für Wirtschaft und Industrie liegen. Unternehmen brauchen Spielraum, um zu investieren, Innovationen voranzutreiben und Arbeitsplätze zu sichern.



Georg Knill,
IV-Präsident.

Hier bleibt das Regierungsprogramm noch vage – es fehlen klare Maßnahmen, um Arbeits- und Energiekosten nachhaltig zu senken.

Wachstum war in Österreich lange selbstverständlich. Was hat sich geändert?

Österreich hatte über viele Jahre hinweg eine starke Exportwirtschaft mit hohem Wachstum, niedriger Arbeitslosigkeit – das ist auch darauf zurückzuführen, dass Österreich lange ein

attraktiver Standort für Investitionen war. In der Zeit nach dem EU-Beitritt hat Österreichs Wirtschaft und Industrie hier besonders profitiert. Heute sehen wir leider ein ganz anderes Bild: Die Industrieproduktion ist eingebrochen, die Exportquote sinkt und die Nettoinvestitionen tendieren gegen null. Während andere Länder gezielt Wachstumsimpulse setzen, droht Österreich das dritte Rezessionsjahr in Folge. Wir verlieren den Anschluss an das globale Wirtschaftswachstum.

Woran liegt das?

Wir sehen eine Kombination aus notwendigem Krisenmanagement und nicht angegangenen strukturellen Reformen, dazu kommen gesellschaftliche und geopolitische Entwicklungen, auf die seitens der EU häufig mit neuen Vorgaben und Regelungen – Green Deal, Lieferkettengesetz – reagiert wurde. Darauf hat sich über die letzten Jahre ein regelrechter Bürokratie-Tsunami entwickelt. Dazu kommen auf nationaler Ebene hohe Lohnstückkosten und teure Energiepreise. Ergänzend dazu leben wir in Zeiten unsicherer politischer Rahmenbedingungen, die notwendige Investitionen erschweren. Österreich hat eines der höchsten Abgaben- und Steueraufkommen weltweit – das ist Gift für die Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig fehlt es an entschlossenen Reformen, um den Standort nachhaltig zu stärken.

Welche Maßnahmen wären jetzt notwendig, um den Wirtschaftsstandort zu sichern?

Erstens brauchen wir einen klaren Pfad zur Senkung der Lohnnebenkosten. Die Ankündigung im Regierungsprogramm sieht keine genaue Ausgestaltung vor und steht unter Budgetvorbehalt, Unternehmen brauchen aber Planungssicherheit, um notwendige Schritte zu setzen. Ohne eine spürbare Senkung der Lohnstückkosten sind Arbeitsplätze gefährdet und Investitionen wandern ins Ausland ab. Zweitens müssen die Energiepreise auf ein wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt werden – dazu gehört eine klare Verlängerung der Strompreiskompensation. Drittens braucht es echte Deregulierung mit verbindlichen Zielen, um Bürokratiekosten zu senken. Nicht zuletzt muss Österreich jedoch gezielt in Innovation, Forschung und Bildung investieren, um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben – in diesem Bereich sind einige wichtige Maßnahmen im Regierungsprogramm vorgesehen.

Die Energiepreise sind ein Dauerthema für die Industrie – welche Lösungsvorschläge gibt es?

Die Industrie zahlt in Europa für Strom zwei- bis dreimal, für Gas sogar drei- bis fünfmal so hohe Preise wie in den USA. Das ist eine massive Wettbewerbsverzerrung; Österreich hatte auch bisher immer mit höheren Energiepreisen zu kämpfen. Um wettbewerbsfähig auf den Weltmärkten anbieten zu können, muss sich der Unterschied zu den Mitbewerbern jedoch in einem überschaubaren Ausmaß bewegen. Wie gesagt: Eine sofortige Verlängerung der Strompreiskompensation bis 2030 wäre ein wichtiger erster Schritt. Zudem müssen wir langfristig sicherstellen, dass die Energieversorgung stabil und leistungsfähig bleibt. Dazu braucht es neben den Rahmenbedingungen zur Kostensenkung auch eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Wie bewerten Sie die Maßnahmen zur Bürokratie-Entlastung?

Die Ankündigungen gehen in die richtige Richtung, wie schon angesprochen – etwa die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle und ein Bürokratiekostenbericht; auch der eingesetzte Staatssekretär für Entbürokratisierung ist ein erstes Signal. Aber es fehlen verbindliche Zielvorgaben und vor allem konsequente Umsetzungsschritte. Der Bürokratieabbau darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss sich in konkreten Erleichterungen für Unternehmen niederschlagen. Wir fordern deshalb ein verbindliches „One in, one out“-Prinzip für neue Regulierungen und einen Bürokratiekostenindex, um die Entlastung auch messbar zu machen.

Das Regierungsprogramm spricht viele dieser Themen an. Warum reicht das nicht?

Österreich befindet sich in einer Phase wirtschaftlicher Unsicherheit und die Unternehmen erwarten von der Regierung nicht nur Ankündigungen, sondern auch konkrete Umsetzungsschritte. Auch bei der Energiepolitik gibt es große Unsicherheiten. Hier bräuchte es ein klares Bekenntnis zur langfristigen Sicherung wettbewerbsfähiger Energiepreise. Insgesamt fehlen konkrete Entlastungen für Unternehmen, während Belastungsvorhaben klar definiert sind. Das ist ein Problem, denn Österreich braucht dringend Wachstumsimpulse – hier lässt das Regierungsprogramm auch Investitionsanreize für den privaten Sektor vermissen.

Sie sprechen viel von Reformen. Wie realistisch ist deren Umsetzung?

Das hängt vom politischen Willen ab. Es gibt jetzt die Chance, mutige Reformen anzugehen. Viele sind leider kaum bis gar nicht angesprochen – zum Beispiel Aufgaben wie eine Föderalismusreform, eine Gesundheits- und eine echte Pensionsreform. Diese sind fast vollständig ausgespart, obwohl es hier enorme Effizienzpotenziale für die Menschen im Land gäbe!

Unternehmen brauchen eine verlässliche Entlastung bei Arbeits- und Energiekosten, weniger Bürokratie und gezielte Investitionsanreize. Die Politik muss den wirtschaftlichen Ernst der Lage erkennen und entschlossen handeln. Nur so kann unser Standort langfristig erfolgreich bleiben.

Wenn die Regierung bereit ist, Standortpolitik konsequent in den Mittelpunkt zu stellen, dann kann Österreich wieder zu einem wirtschaftlichen Vorbild werden. Aber das Zeitfenster für Maßnahmen schließt sich – wir müssen jetzt handeln.

„
Wir verlieren den Anschluss an das globale Wirtschaftswachstum.“

„
Österreich hat eines der höchsten Abgaben- und Steueraufkommen weltweit.“

TÜRKIS-ROT-PINK

Das Kabinett Stocker I



Christian Stocker
Bundeskanzler

Bundeskanzleramt

Staatssekretär Alexander Pröll

**Ministerium für
Wirtschaft, Energie und
Tourismus**

Wolfgang Hattmannsdorfer

Staatssekretärin Elisabeth Zehetner

**Ministerium für
Verkehr, Innovation
und Technologie**

**Ministerium für
europäische und
internationale
Angelegenheiten**

Beate Meinl-Reisinger

Staatssekretär für Deregulierung,
Sepp Schellhorn

**Ministerium für
Familie, Jugend, EU
und Integration**

Claudia Plakolm

**Ministerium für
Bildung**

**Ministerium für
Landesverteidigung**

Kludia Tanner

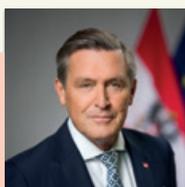
Ministerium für Justiz

Anna Sporrer

**Ministerium für
Land-/Forst-
wirtschaft, Klima-/
Umweltschutz,
Regionen,
Wasserwirtschaft**

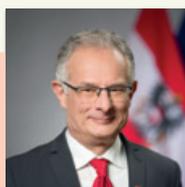
13 Ministerien und sieben Staatssekretäre – das ist die Regierung von Bundeskanzler Christian Stocker. Die Ressorts wurden teilweise neu verteilt und erstmals seit Langem teilen sie sich auf drei Parteien auf. Ein Überblick.

Andreas Babler
Vizekanzler



Peter Hanke

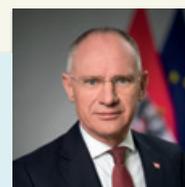
Ministerium für Finanzen



Markus Marterbauer

Staatssekretärin Barbara Eibinger-Miedl

Ministerium für Inneres



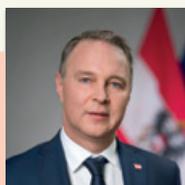
Gerhard Karner

Staatssekretär Jörg Leichtfried



Christoph Wiederkehr

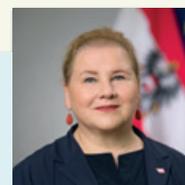
Ministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien, Sport



Andreas Babler

Staatssekretärin Michaela Schmidt

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege, Konsumentenschutz



Korinna Schumann

Staatssekretärin Ulrike Königsberger-Ludwig



Norbert Totschnig

Ministerium für Frauen, Wissenschaft, Forschung



Eva Maria-Holzleitner



Jetzt lesen!
Der wirtschaftspolitische Newsletter für Österreich, täglich um 7 Uhr mit spannenden Grafiken.

[selektiv.at](https://www.selektiv.at)

FAST ALLE WACHSEN – ÖSTERREICH NICHT



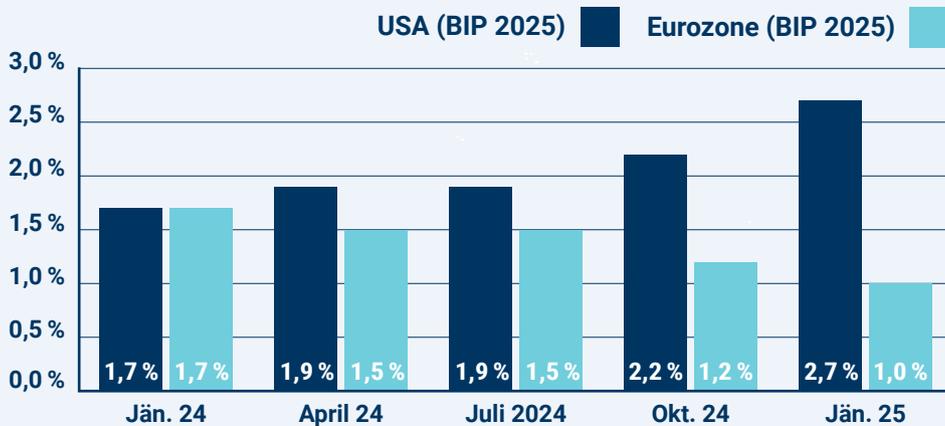
Österreich war 2024 eines von nur zehn Ländern weltweit, deren Wirtschaft schrumpfte.

Mit minus 0,6 Prozent verzeichnete man nach Estland (-0,9 Prozent) den größten Rückgang der Wirtschaftsleistung in Europa. Negative Spitzenreiter global: Südsudan (-26,4 Prozent), Sudan (-20,3 Prozent) und Haiti (-4 Prozent). Für 2025 prognostiziert der Internationale Währungsfonds (IWF) ein moderates heimisches Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent.

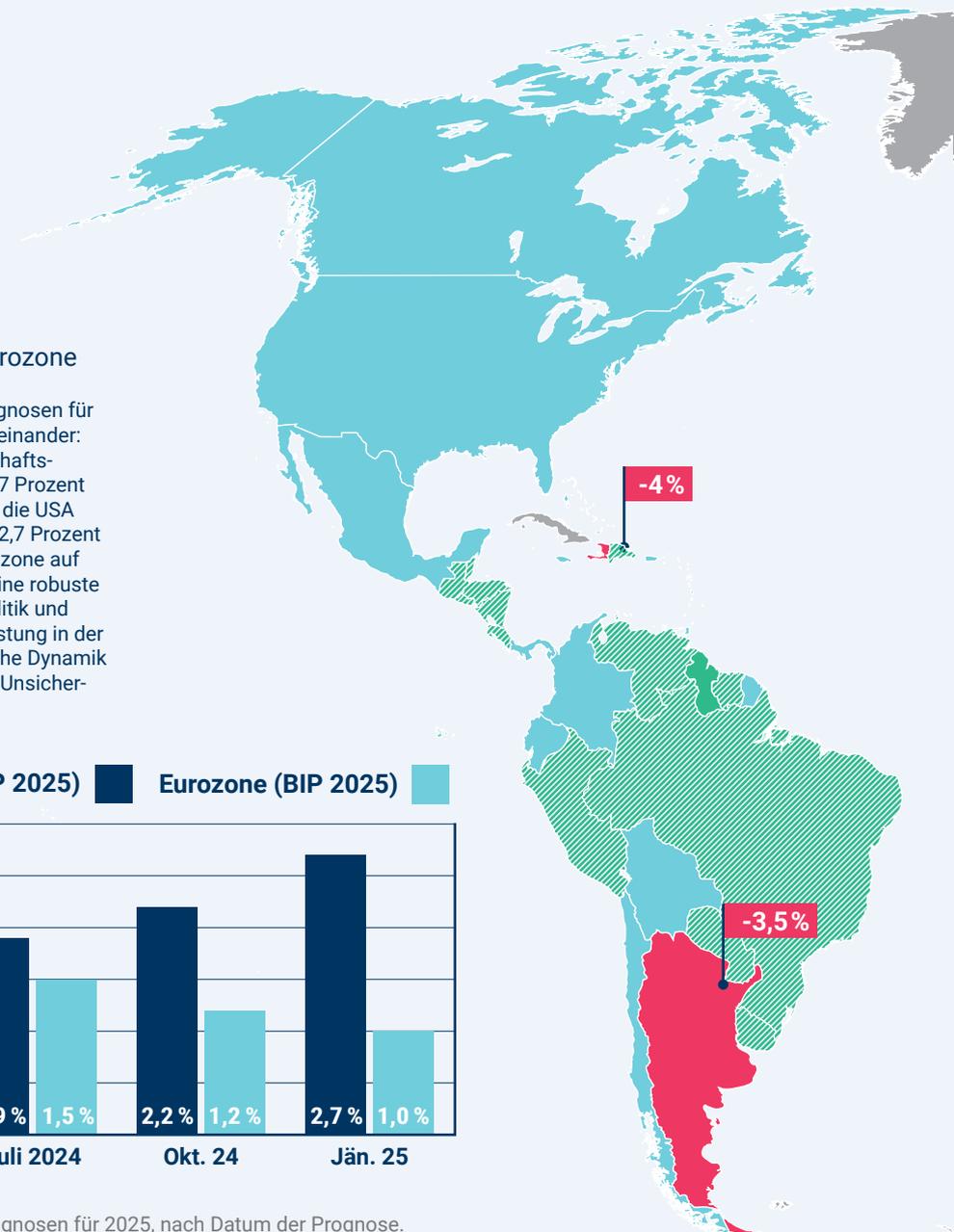
Die USA ziehen der Eurozone davon

Wachstumsprognosen USA vs. Eurozone

Seit einem Jahr driften die Wachstumsprognosen für die USA und die Eurozone zunehmend auseinander: Noch im Jänner 2024 wurde beiden Wirtschaftsräumen vom IWF ein BIP-Wachstum von 1,7 Prozent für das Folgejahr vorausgesagt – während die USA ihre Wachstumsprognose mittlerweile auf 2,7 Prozent (Jän. 25) steigern konnten, sackte die Eurozone auf 1,0 Prozent ab. Der US-Konjunktur helfen eine robuste Nachfrage, eine weniger restriktive Geldpolitik und steigende Investitionen. Die Wirtschaftsleistung in der Eurozone wurde zuletzt durch eine schwache Dynamik im verarbeitenden Gewerbe und politische Unsicherheiten gedrückt.

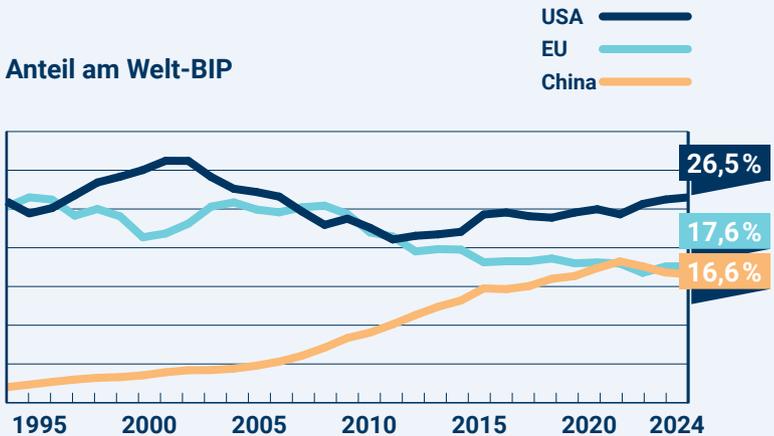


Bruttoinlandsprodukt-Wachstumsprognosen für 2025, nach Datum der Prognose.

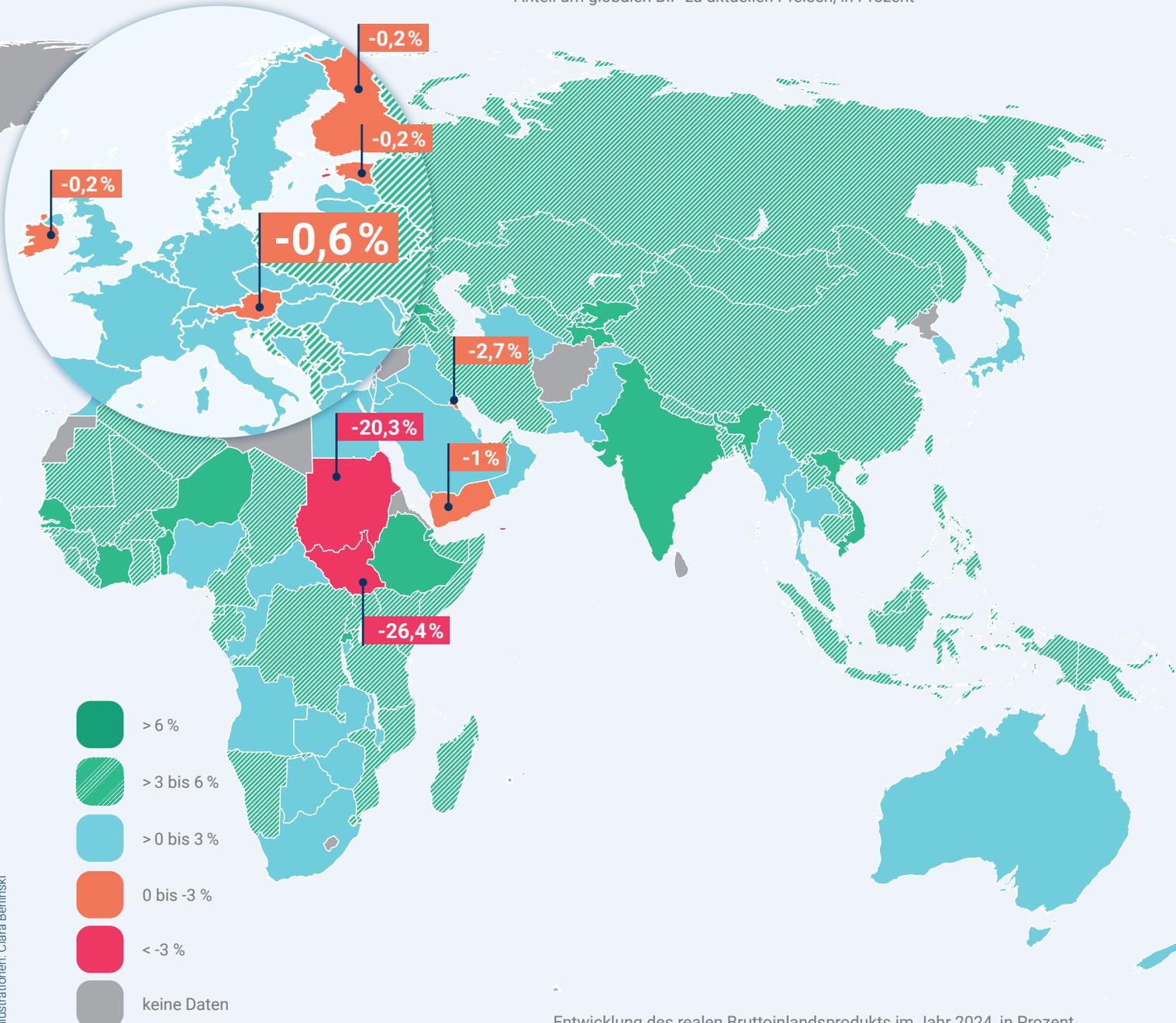


Europa verliert an Wirtschaftsmacht

Europa hat die Weltwirtschaft noch vor wenigen Jahrzehnten angeführt – seither hat sich das Machtverhältnis jedoch stark verändert. Auf die USA entfiel im Jahr 2023 laut Internationalem Währungsfonds (IWF) ein gutes Viertel der globalen Wirtschaftsleistung (Anteil am BIP zu aktuellen Preisen 26,1 Prozent). An zweiter Stelle reihte sich die EU mit 17,5 Prozent (und damit großem Abstand) ein. China lag 2022 schon auf Platz zwei und damit vor der EU, ist 2023 mit einem Anteil von 16,9 Prozent aber knapp auf den dritten Rang zurückgefallen.



Anteil am globalen BIP zu aktuellen Preisen, in Prozent



Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2024, in Prozent.

Illustrationen: Clara Berlinski

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Österreich muss seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen! Gelingt das nicht, dann wird unser Land für Unternehmensinvestitionen unattraktiv – das gefährdet Arbeitsplätze, unseren Wohlstand und die Finanzierung unseres Gesundheitssystems und von Sozialleistungen. Es braucht geringere Lohnnebenkosten, eine Reduktion der Steuer- und Abgabenquote, einen umfassenden Bürokratieabbau, ein Bekenntnis zum Freihandel sowie zum Mercosur-Abkommen und eine an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts orientierte aktive Zuwanderungspolitik. Zudem gilt es, auf EU-Ebene den Green Deal neu zu denken und statt Verboten und Berichtspflichten auf Anreize für Investitionen in nachhaltige Technologien zu setzen.“

F. Peter Mitterbauer, Vorstandsvorsitzender der Miba AG und IV-Vizepräsident

„Die Industrie befindet sich im dritten Rezessionsjahr, das gesamtwirtschaftliche BIP-Wachstum in Österreich hat das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO zuletzt für 2025 auf gerade einmal 0,6 Prozent geschätzt. Es ist also klar, dass die neue Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs in den Fokus stellen muss, wenn wir unseren Wohlstand nicht verlieren wollen. Strategische Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels, ein Fokus auf künstliche Intelligenz und Digitalisierung sowie zielführende Förderungen der Kreislaufwirtschaft und der grünen Transformation in der Industrie sind wichtige Ansätze – neben Bürokratieabbau, Senkung von Lohnnebenkosten und Planungssicherheit.“



Christian Strasser, Geschäftsführer PET to PET Recycling Österreich GmbH



„Die größten Kostentreiber bleiben trotz erster Schritte der Budgetsanierung die Pensionen; eine Strukturreform ist unumgänglich. Ohne automatische Anpassung des Eintrittsalters an die Lebenserwartung wird es nicht gehen. Es gibt immer weniger Aktive, die immer mehr Pensionisten erhalten müssen. Seit 1968 hat sich die Geburtenrate nahezu halbiert, weshalb die Pensionen ohne kapitalgedeckte Komponente nicht mehr gesichert werden können. Die Umfunktionierung der sogenannten Abfertigung neu mit über zwei Mrd. Euro Einzahlungen jährlich wäre ein guter erster Schritt dazu. Dann sollten auch der Aufwertungsfaktor der Pensionskonten und die Erhöhungen der Pensionen um 1 % unter dem VPI für zwei Jahre gekürzt werden. Das wären nachhaltige Schritte, um das Pensionsthema zu entschärfen.“

Georg Feith, Geschäftsführer CAG Holding

„Die Lage in Österreich und Europa ist besorgniserregend. Während andere Weltregionen innovieren, lähmt uns das Thema der Überregulierung. Die neue Regierung muss daher entschlossen handeln und Entscheidungen treffen – auch gegen den kurzfristigen Zeitgeist. Wohlstand und Stabilität erfordern mutige Reformen. Arbeits- und Energiekosten müssen rasch reduziert werden. Die Industrie steht bereit, ihren Beitrag zu leisten und handlungsfähige Konzepte zu liefern. Es braucht aber auch eine Politik, welche diese Impulse aufnimmt und umsetzt. Jetzt ist die Zeit für Mut, Tatkraft und Weitblick. Nur so werden wir im internationalen Wettbewerb bestehen und ein Österreich schaffen können, das auch in Zukunft erfolgreich ist.“

Timo Springer, CEO der Springer Maschinenfabrik und Präsident der IV-Kärnten



AUSBLICK 2025



13. April–13. Oktober | Japan

EXPO IN OSAKA

Österreich beteiligt sich an der diesjährigen Expo mit dem Motto „Composing the Future“, das die kreative Verbindung von Technologie, Nachhaltigkeit und Kultur betont. Der Pavillon wird zeigen, wie Österreich durch Innovation und Tradition zur Gestaltung einer lebenswerten Zukunft beiträgt.



15.–17. Juni | Kanada

G7-GIPFEL IN KANANASKIS

Die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten treffen sich in Kanada, um über globale Herausforderungen wie Wirtschaftspolitik, Klimaschutz und internationale Sicherheit zu beraten. Die abgeschiedene Lage von Kananaskis in der Provinz Alberta soll eine konzentrierte und vertrauliche Gesprächsatmosphäre ermöglichen.



24.–26. Juni | Niederlande

NATO-GIPFEL IN DEN HAAG

Angesichts der aktuellen geopolitischen Spannungen stehen die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und die Zusammenarbeit der Partnerländern im Fokus. Der Gipfel dient zudem der Bewertung der NATO-Strategie und der Abstimmung über zukünftige sicherheitspolitische Maßnahmen.



1. Juli | EU

DÄNEMARK ÜBERNIMMT DIE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT



23.–25. Juli | Österreich

SALZBURG SUMMIT

Die Industriellenvereinigung organisiert zum vierten Mal den Wirtschaftsgipfel für Denker und Umsetzer aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Ziel ist es, die klügsten Köpfe zusammenbringen, um Trends und Entwicklungen auf europäischer und globaler Ebene zu diskutieren und umzusetzen.



16.–29. August | Österreich

EUROPEAN FORUM ALPBACH

Das interdisziplinäre Forum bringt junge Talente, Experten und Entscheidungsträger aus aller Welt zusammen, um über zentrale Zukunftsfragen zu debattieren. Im Fokus stehen Klima, Wirtschaft und Finanzen, Sicherheit sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.



9. – 23. September | USA

UNO-VOLLVERSAMMLUNG



10.–21. November | Brasilien

UN-KLIMAKONFERENZ COP30 IN BELÉM

Die 30. UN-Klimakonferenz in Belém wird eine zentrale Plattform für internationale Verhandlungen zum Klimaschutz sein. Regierungen, Unternehmen und NGOs kommen zusammen, um Fortschritte im globalen Klimaschutz zu bewerten und neue Maßnahmen zur Emissionsreduktion zu beschließen. Besonders im Fokus stehen der Schutz der Amazonas-Region und die Rolle nachhaltiger Entwicklungsstrategien für den globalen Klimaschutz.



UNSERE INDUSTRIE

bringt Österreich nach vorne!

Die Industrie steht für ein Viertel der Wirtschaftskraft, eine Million hochqualitative Arbeitsplätze und die Hälfte der Forschungsausgaben.



Zukunft gestalten
Industriellenvereinigung

www.iv.at